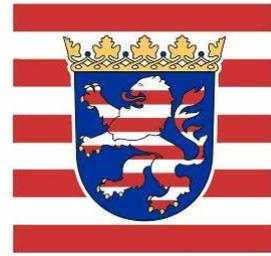




HESSEN



Bericht aus Brüssel

10/2020 vom 22.05.2020

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	4
Europäisches Parlament.....	12
Wirtschaft.....	15
Verkehr.....	17
Energie.....	18
Digital.....	19
Forschung.....	20
Finanzdienstleistungen.....	20
Finanzen.....	21
Soziales.....	23
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	24
Umwelt.....	25
Landwirtschaft.....	26
Justiz.....	27
Inneres.....	28
Bildung und Kultur.....	31
Information, Kommunikation und Medien.....	32
Veranstaltungen.....	32
Vorschau.....	35

Kommission; neue Plattform „Fit for Future“

Die Kommission hat am 11.05.2020 die Plattform „Fit for Future“ eingerichtet. Ziel der Plattform ist es, die geltenden EU-Rechtsvorschriften zu vereinfachen und den Verwaltungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zu verringern. Die Plattform löst die bisher bestehende REFIT-Plattform zur Reduzierung von Verwaltungsaufwand ab. Die Plattform soll aus einer Gruppe von Behördenvertretern und einer Gruppe von Interessenträgern zusammengesetzt sein. Die nationalen, regionalen und kommunalen Behörden der Mitgliedstaaten, der AdR, der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss und Interessenträgergruppen mit praktischem Fachwissen in verschiedenen Politikbereichen sollen hier vertreten sein. Sobald die Plattform gestartet wird, soll so zur Vorschriftenvereinfachung und Verringerung des Verwaltungsaufwands beigetragen werden. Auch Bürgerinnen und Bürger sowie Interessenträger können sich über das Portal „Ihre Meinung zählt!“ zu geltenden Rechtsvorschriften und neu geplanten Maßnahmen der EU äußern.

https://ec.europa.eu/info/law/law-making-process/evaluating-and-improving-existing-laws/refit-making-eu-law-simpler-and-less-costly/fit-future-platform-f4f_en

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say>

Rat; Schlussfolgerungen zur Politik der Östlichen Partnerschaft nach 2020

Der Rat hat am 11.05.2020 Schlussfolgerungen zur Politik der Östlichen Partnerschaft nach 2020 einstimmig im schriftlichen Verfahren angenommen. Die Schlussfolgerungen des Rates berücksichtigen die von der Kommission und dem Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik am 18.03.2020 vorgelegte Mitteilung mit dem Titel „Die Östliche Partnerschaft nach 2020, Stärkung der Resilienz – eine Östliche Partnerschaft, die allen Vorteile bringt“. In den Schlussfolgerungen bekräftigt der Rat die strategische Bedeutung der Östlichen Partnerschaft und das gemeinsame Engagement für die Schaffung eines gemeinsamen Raums der Demokratie, des Wohlstands und der Stabilität. Der Rat betont ferner, dass in der gegenwärtigen, durch den Ausbruch von COVID-19 hervorgerufenen beispiellosen Situation, Solidarität und Zusammenarbeit mit internationalen Partnern, auch im Rahmen der Östlichen Partnerschaft, von entscheidender Bedeutung seien. In seinen Schlussfolgerungen begrüßt der Rat die bedeutenden Fortschritte, die die Östliche Partnerschaft bisher erzielt hat, und bekräftigt seinen auf Anreizen und Bedingungen beruhenden Ansatz, um die östlichen Partnerländer zu ermutigen, weiterhin Reformen einzuleiten und ihre diesbezüglichen Anstrengungen weiter zu verstärken. Die in den Schlussfolgerungen erneut aufgeführten Grundsätze der Östlichen Partnerschaft sind Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und eine erfolgreiche Antikorruptionspolitik. Weiterhin seien auch Wirtschaftsreformen, umwelt-, klima- und energiepolitische Herausforderungen, der digitale Wandel und Investitionen in Menschen von großer Bedeutung für die Östliche Partnerschaft. In den Schlussfolgerungen des Rates wird ein erneutes Bekenntnis zu diesen Grundsätzen gefordert.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/05/11/eastern-partnership-policy-beyond-2020-council-approves-conclusions/?amp;utm_medium=email&utm_campaign=Eastern+Partnership+policy+beyond+2020:+Council+approves+conclusions

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren gegen GBR eingeleitet

Die Kommission hat am 14.05.2020 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen GBR wegen Nichteinhaltung der EU-Rechtsvorschriften über die Freizügigkeit von

Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen eingeleitet. Die Kommission begründet die Einleitung des Vertragsverletzungsverfahrens vor allem damit, dass die britischen Rechtsvorschriften den Personenkreis, auf den sich das EU-Freizügigkeitsrecht in GBR erstreckt, begrenzen. Weiterhin erläutert die Kommission, dass die Einspruchsmöglichkeiten für Unionsbürger und ihre Familienangehörigen gegen behördliche Entscheidungen begrenzt würden und dies das Recht auf Freizügigkeit beschränke. Die Kommission ist der Ansicht, dass GBR dadurch gegen die Freizügigkeitsrichtlinie sowie gegen die EU-Vorschriften über die Freizügigkeit von Unionsbürgern (Art. 21 AEUV), die Freizügigkeit von Arbeitnehmern (Art. 45 AEUV) und die Niederlassungsfreiheit (Art. 49 AEUV) verstoße. Die EU-Rechtsvorschriften über den freien Personenverkehr gelten auch während der Übergangszeit für GBR so, als wäre es weiterhin Mitgliedstaat der EU. Die aufgeführten Verstöße können laut der Kommission auch die Durchführung und Umsetzung des EU-Freizügigkeitsrechts durch GBR bei der Umsetzung der Bürgerrechte gemäß dem Austrittsabkommen nach Ablauf der Übergangszeit beeinträchtigen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_20_859

Anleiheprogramm PSPP – Reaktionen der Europäischen Institutionen auf das Urteil des BVerfG

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat mit Urteil vom 05.05.2020 mehreren Verfassungsbeschwerden gegen das Staatsanleihekaufprogramm (Public Sector Purchase Programme – PSPP) der EZB stattgegeben und sich damit erstmalig in seiner Geschichte gegen ein Urteil des EuGH gestellt (Urteil des EuGH vom 11. 12.2018 im Vorabentscheidungsverfahren). Der EuGH hat mit Pressemitteilung vom 08.05.2020 mitgeteilt, dass er Urteile nationaler Gerichte nicht kommentiere. Er hat ganz generell auf seine ständige Rechtsprechung hingewiesen, wonach ein im Vorabentscheidungsverfahren ergangenes EuGH-Urteil für das vorliegende nationale Gericht bindend sei. Die Präsidentin der Kommission, Ursula von der Leyen, hat erklärt, die Kommission prüfe die Option eines Vertragsverletzungsverfahrens. Ähnlich äußerte sich die für Rechtsstaatlichkeit zuständige Vizepräsidentin Věra Jourová. Die Präsidentin der EZB, Christine Lagarde, teilte mit, dass die EZB innerhalb ihres Mandats alles Notwendige tun werde und sich nicht davon abschrecken lasse, ihr Preisstabilitätsmandat zu erfüllen. Die Eurofinanzminister sehen die Einheitswährung nicht gefährdet; das zeige sich schon in der gelassenen Reaktion des Marktes. Aus dem EP gab es keine einheitliche Meinung zum Urteil des BVerfG.

https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2020/05/rs20200505_2bvr085915.html

C o r o n a

Kommission; Gesamtstrategie für eine koordinierte Wiedereröffnung der Tourismusbranche

Die Kommission legte am 13.05.2020 als Teil des Tourismuspakets eine Mitteilung mit dem Titel „Tourismus und Verkehr im Jahr 2020 und darüber hinaus“ vor. Diese Mitteilung als Gesamtstrategie und die begleitenden Initiativen sollen laut Kommission einen koordinierten Rahmen für Europa bieten, um nicht nur in diesem Sommer und dem folgenden Winter, sondern auch darüber hinaus eine erholsame und insbesondere sichere Tourismus-Saison zu realisieren. Der koordinierte Rahmen soll die Mitgliedstaaten dabei unterstützen, die Reisebeschränkungen innerhalb Europas

schrittweise aufzuheben und sieht Gesundheits- und Sicherheitsvorkehrungen vor, die es den Tourismusunternehmen ermöglichen sollen, den Betrieb nach Monaten der Sperrung wieder zu öffnen.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-commission-tourism-transport-2020-and-beyond_de.pdf

Kommission; Leitlinien für eine sichere und schrittweise Wiederaufnahme des Tourismus

Die Kommission hat am 13.05.2020 als Teil des Tourismuspakets eine Mitteilung mit dem Titel „Leitlinien für touristische Dienstleistungen und das Gastgewerbe“ veröffentlicht. In der Mitteilung werden als Leitlinien einerseits Kriterien aufgeführt, anhand derer die Mitgliedstaaten (MS) ihre Entscheidung über eine schrittweise und sichere Wiederaufnahme der Tourismusedienstleistungen treffen können. Andererseits werden Kriterien für die Erstellung von Hygienekonzepten für das Gastgewerbe aufgezeigt. Bei der Rückkehr zum Tourismus müssten – bis ein Impfstoff gegen Sars-CoV-2 zur Verfügung steht – nach Auffassung der Kommission die Bedürfnisse von Touristen und Tourismusedienstleistern gegen die Risiken eines Wiederaufflammens der Pandemie abgewogen werden. Darüber hinaus sollten das Vertrauen und das Sicherheitsgefühl der Bürger in Bezug auf den Tourismus gestärkt werden. Bei den Leitlinien handelt es sich um Empfehlungen an die MS.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication_tourismservices_healthprotocols_de.pdf

Kommission; Leitlinien für gesunde und sichere Wiederaufnahme des Personenverkehrs veröffentlicht

Die Kommission hat am 13.05.2020 ein Paket an Leitlinien und Empfehlungen für eine gesunde und sichere Normalisierung in den Sektoren Tourismus und Transport veröffentlicht. Dieses umfasst auch die Mitteilung COM (2020) 3139, mit der zu einer europäischen Harmonisierung bei der sukzessiven Normalisierung im Personenverkehr beitragen werden soll. Ziel sei es, die Mobilität in und zwischen den Mitgliedstaaten (MS) zu ermöglichen, sofern die epidemiologische Lage dies zulasse. Dazu schlägt die Kommission Prinzipien für eine sichere und schrittweise Wiederaufnahme vor. Diese adressieren ebenso grundlegende Kriterien wie spezifische Handlungsempfehlungen für den gesundheitlichen Schutz von Personal und Passagieren sowie für die mittel- bis langfristigen Folgeschritte. Darüber hinaus enthält die Mitteilung einen für die Praxis gedachten Leitfaden mit spezifischen Fragen des Personenverkehrs, die sich im Kontext der Pandemie für die unterschiedlichen Transportmittel in Luft- und Schifffahrt sowie Straßen-, Schienen- und Stadtverkehr stellen.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication_transportservices_de.pdf

Rat; Wirtschaftsminister diskutieren koordinierte europäische Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft

Am 15.05.2020 fand eine informelle Videokonferenz der Wirtschaftsminister der Mitgliedstaaten, an der auch die Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager und Binnenmarktkommissar Thierry Breton teilnahmen, statt. Die Minister tauschten sich über die Möglichkeiten einer koordinierten Bewältigung der mit der Coronakrise einhergehenden ökonomischen Herausforderungen aus. Im Fokus der „Recovery“-Diskussionen standen die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes, die Regeneration der europäischen Industrie von den Auswirkungen der Pandemie und die Sicherstellung der strategischen Autonomie der EU. Außerdem waren der „Green Deal“ und die fortschreitende Digitalisierung Gegenstand der Diskussionen. Auf Nachfrage in der sich anschließenden Pressekonferenz stellte

Breton klar, dass sich die am 10.03.2020 in einer Mitteilung vorgestellte Industriestrategie und die geplante „Recovery“-Strategie nicht ausschließen würden. Vielmehr mache es die Pandemie erforderlich, die in der Industriestrategie niedergelegten Konzepte schneller umzusetzen.

<https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=287>

Kommission; Erweiterung des Befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen

Die Kommission hat am 08.05.2020 den am 19.03.2020 angenommenen Befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen zum zweiten Mal erweitert (vgl. BaB 09/2020). Diese Ausweitung ermöglicht es Mitgliedstaaten, unter Wahrung gleicher Wettbewerbsbedingungen Nichtfinanzunternehmen, die sich aufgrund des COVID-19-Ausbruchs in finanziellen Schwierigkeiten befinden, Rekapitalisierungen und nachrangiges Fremdkapital zu gewähren.

https://ec.europa.eu/competition/state_aid/what_is_new/sa_covid19_2nd_amendment_temporary_framework_de.pdf

EP; Austausch mit Binnenmarktkommissar Breton zur Coronakrise

In einer außerordentlichen Sitzung des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) am 18.05.2020 fand ein Austausch mit Binnenmarktkommissar Thierry Breton statt. Breton betonte in seinem Eingangsstatement u.a. die Wahrung der Funktionsfähigkeit des Binnenmarkts im Zusammenhang mit der Wiederankurbelung der Wirtschaft und dem angekündigten Recovery-Plan der Kommission. Diese sei ein Solidaritätsinstrument Europas. Daher gebe es null Toleranz für protektionistische Maßnahmen. Aus seiner Sicht sei Resilienz das wichtigste Instrument in Bezug auf die Krise. Er ging ausführlicher ein auf die Abhängigkeit einiger Wertschöpfungsketten von Lieferungen aus Drittländern. In Gefahrenzeiten könne dies ein Risiko darstellen. Es gehe ihm aber nicht darum, alle ausgelagerten Produktionen wieder nach Europa zu holen, sondern um die Ermittlung strategischer Bereiche, wie kritischer Infrastrukturen, oder Primärstoffe in der Pharmaindustrie. Besondere Aufmerksamkeit müsse man auch auf die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen richten. In der anschließenden Fragerunde ging es neben den bestehenden Freizügigkeitseinschränkungen auf Seiten der Mitgliedstaaten u.a. auch um die Anwendung von Nachverfolgungs-Apps. Diesbezüglich betonte Breton, es gehe um die Beschaffung akkreditierter, anonymisierter Daten. Die Nutzung der Toolbox basiere auf Freiwilligkeit. Wichtig sei die Interoperabilität.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/en/exchange-of-views-with-commissioner-thie/product-details/20200512CAN55104>

EP, Rat; Annahme des Änderungsvorschlags zur Verordnung über Hafengebühren wegen COVID-19

Das EP hat am 15.05.2020 den Vorschlag der Kommission zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/352 in Bezug auf die Möglichkeit einer flexibleren Handhabung der Erhebung von Hafeninfrastrukturentgelten durch die zuständigen Stellen vor dem Hintergrund des COVID-19-Ausbruchs in seinen Grundzügen gebilligt (vgl. BaB 09/2020). Das EP begrenzte den Zeitraum, in welchem Flexibilität geschaffen werden soll, auf März 2020 bis Oktober 2020 und fügte klarstellend hinzu, dass es sich um ein optionales Instrument handle. Der Rat, der dem EP hinsichtlich dessen Standpunkte bereits eine informelle Zusage gegeben hat, stimmte dem Vorschlag nun am 20.05.2020 formal zu. Mit Veröffentlichung im Amtsblatt der EU tritt der Rechtsakt in Kraft.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0128_DE.pdf

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/05/20/covid-19-transport-measures-council-adopts-temporary-flexibility-for-licences-and-port-services/>

EP; Annahme des Verordnungsvorschlags zur Entlastung des Luftverkehrssektors wegen COVID-19

Am 15.05.2020 billigte das EP – nach informeller Einigung mit dem Rat – eine Änderung des Verordnungsvorschlags über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft im Hinblick auf die COVID-19 Pandemie (Luftverkehrsdienste-VO). Damit soll der durch die COVID-19-Pandemie stark betroffene Luftverkehrssektor entlastet werden (vgl. BaB 09/2020). Das EP nimmt den Standpunkt ein, dass bei der Ermöglichung der Verlängerung von Verträgen mit Bodenabfertigungsdienstleistern und von Zulassungen für Luftfahrtunternehmen die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Stärkung von Arbeitnehmerrechten eine entscheidende Rolle einnehmen sollten. Der Rat muss dem Verordnungstext noch förmlich zustimmen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0126_DE.pdf

EP; Sitzung zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf Industrie und Wirtschaft mit Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans

Am 08.05.2020 fand eine Sitzung des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie des EP (ITRE) statt, in der sich die MdEP mit dem Exekutiv-Vizepräsidenten der Kommission Frans Timmermans über die Auswirkungen der Corona-Krise auf Industrie und Wirtschaft austauschten. Wesentliche Themen der Debatte waren der Wiederaufbauplan, an dem die Kommission gegenwärtig arbeitet, und der europäische „Green Deal“. Timmermans betonte, dass der Weg zu einer nachhaltigen EU-Wirtschaft der einzig gangbare Weg und zugleich die beste Wachstumsstrategie sei. Europa müsse unabhängiger und widerstandsfähiger werden. Hinsichtlich der Umsetzung des „Green Deal“ gab er zu, dass nun Prioritäten gesetzt werden müssten. Dies setze beispielsweise eine Konzentration auf die Bereiche voraus, die starke Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hätten. Diese Bereiche machten insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen aus. Außerdem müssten der Klimawandel und die Digitalisierung mit Priorität behandelt werden. Hinsichtlich der Automobilindustrie, die vor großen Herausforderungen stehe, erklärte er, dass eine bessere Ladeinfrastruktur für Elektroautos geschaffen werden müsse und die Anschaffung von Neuwagen durch ökologische Abwrackprämien attraktiv gemacht werden könne. In der Aussprache wurde die Finanzierung des Wiederaufbauplans und der angestrebten Digitalisierung sowie die Verfolgung des kostenintensiven Klimaziels 2030 (Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 50 bis 55%) mehrfach angesprochen.

https://multimedia.europarl.europa.eu/de/itre-committee-meeting_20200508-1000-COMMITTEE-ITRE_vd

Kommission; Vorschlag zur Verschiebung von Besteuerungsregeln aufgrund der Corona-Pandemie

Am 08.05.2020 hat die Kommission die Verschiebung von zwei Besteuerungsregeln vorgeschlagen. Zum einen soll das Inkrafttreten des Mehrwertsteuerpaketes für den elektronischen Handel um sechs Monate vom 01.01.2021 auf den 01.07.2021 verschoben werden. Zum anderen sollen bestimmte Fristen für die Einreichung und den Austausch von Informationen im Rahmen der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden verschoben werden. Durch die Änderungen haben die Mitgliedstaaten (MS) drei Monate länger Zeit, um Informationen über Finanzkonten auszutauschen, deren Begünstigte in einem anderen MS steuerlich ansässig sind. Ebenfalls wird die Frist für den Austausch über Informationen bestimmter

grenzüberschreitender Steuerplanungsregelungen nach hinten verschoben. Der Rat und das Parlament müssen die Vorschläge noch verabschieden.

https://ec.europa.eu/germany/news/corona-pandemie-kommission-schl%C3%A4gt-verschiebung-von-besteuerungsregeln-vor_de

EUR-Gruppe; Fortschritte bei der Umsetzung der drei Sicherheitsnetze der EU sowie des Fonds für Wiederaufbau

Am 15.05.2020 tagte die EUR-Gruppe, um über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), das SURE-Programm, den Garantiefonds der Europäischen Investitionsbank (EIB) sowie über den Fonds für Wiederaufbau zu sprechen. Der ESM zur Unterstützung der Pandemie-Krisenhilfe ist mittlerweile einsatzbereit. Demnach können alle Mitgliedstaaten des Euroraums das Instrument mit sofortiger Wirkung nutzen und einen Kredit von bis zu 2% ihres Bruttoinlandsprodukts beantragen. Das SURE-Programm, das Sicherheitsnetz für Arbeitnehmer mit einem Umfang von insgesamt 100 Mrd. EUR, soll in wenigen Tagen in Kraft treten. Hinsichtlich der Garantiefonds der EIB ist es noch zu keiner abschließenden Einigung gekommen. Bei dem geplanten Fonds für Wiederaufbau ist noch nicht geklärt, wie die Finanzierung erfolgen soll und ob es neben Darlehen auch Zuschüsse geben soll. Bei der Verwendung der Gelder sollen der Klimaschutz sowie der Übergang zu einer modernen und digitalen Wirtschaft einen Schwerpunkt darstellen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eurogroup/2020/05/15/>

Kommission; Leitfaden zu humanitärer Hilfe trotz Sanktionen vorgelegt

Die Kommission legte am 12.05.2020 einen Leitfaden für die Bereitstellung humanitärer Hilfe zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie in bestimmten Bereichen, die restriktiven Maßnahmen unterliegen, vor, der speziell auf Syrien eingeht. Der Leitfaden ist Teil eines Informationspakets, mit dem die EU über die Einhaltung von Sanktionen bei der Erbringung humanitärer Hilfe informiert. Das Paket richtet sich sowohl an die für die Einhaltung der EU-Sanktionen zuständigen Behörden als auch an öffentliche und private Akteure, die humanitäre Hilfe leisten. Im Interesse der Einhaltung internationaler Verpflichtungen und der EU-Politik der gezielten Maßnahmen sieht das EU-Recht Ausnahmen von verhängten Sanktionen für die Erbringung humanitärer Hilfe vor. Dazu bedarf es regelmäßig einer Genehmigung. Das nunmehr veröffentlichte Informationspaket enthält praktische Hinweise, etwa hinsichtlich des anzuwendenden Verfahrens und der Zuständigkeit für die Bereitstellung der Hilfe, und Antworten auf Fragen zur Ausfuhr und Bezahlung von Hilfsgütern, die öffentlichen und privaten Akteuren die Arbeit erleichtern sollen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_831

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/business_economy_EUR/banking_and_finance/documents/200511-syria-humanitarian-aid-guidance-note_de.pdf

Kommission; Mitteilung zur schrittweisen Wiederherstellung der Freizügigkeit und zur Aufhebung der Binnengrenzkontrollen vorgelegt

Am 13.05.2020 legte die Kommission eine Mitteilung zu einem schrittweisen und koordinierten Vorgehen zur Wiederherstellung der Freizügigkeit und zur Aufhebung der Kontrollen an den Binnengrenzen im Rahmen eines Fahrplans zur Aufhebung der Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus vor. Darin appelliert die Kommission an die Mitgliedstaaten (MS), die in vielen MS geltenden Beschränkungen für Reisen innerhalb der EU im Rahmen eines koordinierten, schrittweisen Vorgehens aufzuheben. Dabei müssten stets die epidemiologische Lage in den einzelnen MS und die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und Nichtdiskriminierung berücksichtigt werden. Darüber hinaus werden in der Mitteilung Kriterien zur Beurteilung der Lage in

den MS benannt und ein Phasenmodell zur Aufhebung der Reisebeschränkungen vorgestellt. Danach befinden sich die EU und die MS auf dem Weg von der ersten in die zweite von insgesamt drei Phasen.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication_freemovement_de.pdf

Kommission; humanitäre Hilfe für Staaten am Horn von Afrika zugesagt

Die Kommission gab am 14.05.2020 bekannt, dass die EU weitere 105,5 Mio. EUR zur Verbesserung der humanitären Lage am Horn von Afrika bereitstellen werde. Somalia soll 48 Mio. EUR erhalten, Äthiopien 42 Mio. EUR, Kenia 15 Mio. EUR und Dschibuti 500.000 EUR. Die Mittel sollen zur Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung und Bekämpfung der Covid-19-Pandemie, für die Bereitstellung von Nahrungsmitteln und die Deckung von Grundbedürfnisse von Geflüchteten und Binnenvertriebenen aufgewendet werden. Die Menschen in der Region leiden bereits seit Jahren unter bewaffneten Konflikten, Vertreibungen, wiederkehrenden Dürren und Überschwemmungen sowie in jüngster Zeit unter einer Heuschreckenplage. Die Covid-19-Pandemie droht diese Lage weiter zu verschlechtern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_880

Kommission; Leitlinien zur beschleunigten Berufsankennung von Gesundheitspersonal veröffentlicht

Die Kommission hat mit einer Mitteilung am 07.05.2020 Leitlinien zur beschleunigten Anerkennung der beruflichen Qualifikation von Gesundheitspersonal veröffentlicht. Ziel sei es, die Flexibilisierungsmöglichkeiten der einschlägigen RL 2005/36/EG besser ausschöpfen zu können, um insbesondere Auszubildende rascher im Rahmen der Pandemiebekämpfung einsetzen zu können. Ein Vorschlag umfasst z.B., dass Mitgliedstaaten (MS) die Bearbeitungsfristen für Anträge zur Berufsankennung verkürzen oder weniger Dokumente anfordern können. So könnten MS bei temporären Arbeitsverhältnissen auf Vorab-Checks zu Gunsten eines unmittelbaren Einsatzes des Personals verzichten. Zudem könne eine frühzeitige Anerkennung eines Abschlusses vollzogen werden, wenn die Ausbildung zwar noch nicht abgeschlossen, jedoch die in der Berufsqualifikationsrichtlinie festgelegten Mindestqualifikation erreicht sei.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/guidance-movement-health-professionals-harmonisation-training-covid19_en.pdf

Kommission; EU schafft gebündelte Anlaufstelle für Förderaufrufe

Am 14.05.2020 hat die Kommission die „European Research Area (ERA) corona platform“ gestartet. Ziel sei es, sämtliche Förderaufrufe im Kontext der Erforschung und Bekämpfung des Virus SARS-CoV-2 in einer Anlaufstelle zu bündeln. Neben EU-Förderungen aus dem Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 finden sich dort auch Ausschreibungen von EU-Mitgliedstaaten. Mit der Plattform setzt die Kommission eine der zehn Prioritäten des von den Forschungsministern verabschiedeten Aktionsplans ERAvsCorona um.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/covid-19?tabId=5>

DigitalHealthEurope; Online-Katalog für digitale Lösungen im Bereich Gesundheitsmanagement

Das EU-geförderte Projekt DigitalHEalthEurope hat am 12.05.2020 einen Katalog mit digitalen Lösungen für das Gesundheitsmanagement in Zeiten der Corona-Pandemie veröffentlicht. Enthalten sind darin Vorschläge für elektronische Verschreibungen und telemedizinische Lösungen, die sich im Kontext der Pandemie bewährt haben.

<https://digitalhealtheuropa.eu/news/details/digitalhealtheuropa-digital-solutions-catalogue-for-health-and-care-management-in-times-of-coronavir.html>

EMCDDA; EU-Studie zur Auswirkung von Covid-19 auf Suchtkranke und –Hilfe

Die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) hat am 12.05.2020 eine Studie zu den Auswirkungen von Covid-19 auf Konsumenten von Suchtmitteln und Einrichtungen der Suchthilfe veröffentlicht. Die Erhebung wurde mit der im April eingeführten „Trendspotter“-Methode durchgeführt, mit der die EMCDDA aktuelle Entwicklungen durch schnellere Datenzusammenführung und Auswertung rascher analysieren möchte. Erste Ergebnisse seien, dass sich Einrichtungen der Suchthilfe, wie das gesamte Gesundheitswesen, mit Personal- und Versorgungsengpässen konfrontiert sähen. Zugleich hätten sich auch hier innovative Lösungen wie Tele-Beratung und neue Verschreibungsmethoden etabliert.

<https://www.emcdda.europa.eu/publications/ad-hoc/impact-of-covid-19-on-drug-services-and-help-seeking-in-europe>

Kommission; Empfehlungen zu Reisegutscheinen

Die Kommission hat in ihrer Kollegiumssitzung am 13.05.2020 an ihrer Auffassung festgehalten, dass Gutscheine anstelle einer Reisepreis-Rückerstattung für stornierte Reisen an Verbraucher nur auf freiwilliger Basis ausgegeben werden können. Gleichzeitig will sie solche Gutscheine aber zu einer attraktiven Option machen. Nach EU-Recht haben Reisende einen Anspruch darauf, zwischen Gutscheinen und einer Barerstattung für annullierte Tickets (für Flug-, Bahn- und Busreisen sowie Überfahrten mit einer Fähre) oder Pauschalreisen zu wählen. Maßgeblich sind hierfür im weitgehend harmonisierten europäischen Reiserecht insbesondere die Pauschalreise-Richtlinie sowie die Fluggastrechte-Verordnung. Gutscheine könnten nach Ansicht der Kommission bei Beachtung gewisser Kriterien eine praktikable und attraktive Alternative zur Erstattung des Geldwerts für im Kontext der aktuellen Pandemie annullierte Reisen darstellen. Maßgebliche Kriterien seien, dass die Gutscheine für die Verbraucher auf Freiwilligkeit basieren, vor einer Insolvenz des ausgebenden Unternehmens geschützt sind, mindestens 12 Monate gültig und bei Nichteinlösung nach höchstens einem Jahr erstattbar seien. Sie sollten den Passagieren zudem ausreichende Flexibilität bieten und es ihnen erlauben, auf derselben Strecke zu denselben Konditionen zu reisen. Ferner sollten sie es ermöglichen, eine Pauschalreise mit gleichartigen Leistungen oder gleichwertiger Qualität zu buchen. Überdies sollten sie auf einen anderen Reisenden übertragbar sein.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-commission-tourism-transport-2020-and-beyond_en.pdf

Kommission; Finanzierung weiterer Forschungsprojekte im Zusammenhang mit Covid-19

Die Kommission gab am 12.05.2020 bekannt, dass sie durch die einschlägige Ausschreibung für innovative Arzneimittel (IMI-Ausschreibung) von März 2020 weitere acht groß angelegte Forschungsprojekte zur Entwicklung von Diagnose- und Behandlungsmethoden für Covid-19 fördern werde. Forschungskommissarin Mariya Gabriel erklärte, die EU müsse das Fachwissen und die Ressourcen des öffentlichen und des privaten Sektors bündeln, um die Pandemie zu besiegen und sich auf künftige Krankheitsausbrüche vorzubereiten. Die Ausschreibung wurde mit Mitteln aus dem Rahmenprogramm Horizont 2020 mit Industriebeteiligung finanziert. Dadurch soll die Entwicklung von Diagnose- und Therapiemöglichkeiten zur Bekämpfung des Coronavirus vorangetrieben werden. Bei fünf von insgesamt acht Projekten, die im Rahmen der Aufforderung der IMI zur Einreichung von Vorschlägen finanziert werden, liegt der Schwerpunkt auf Diagnostik, bei den restlichen drei Projekten auf Therapie. Mit den Diagnosemittel-Projekten sollen Produkte entwickelt werden, die überall einsetzbar sind, beispielsweise in den Operationsräumen von Krankenhäusern oder

bei den Patienten zu Hause, und rasch Ergebnisse liefern (in 14-40 Minuten). Die anderen Projekte, die im Zeichen der Entwicklung von Therapiemöglichkeiten stehen, zielen in erster Linie auf den aktuellen Covid-19-Ausbruch ab, sehen aber auch umfassende Initiativen zur Vorbereitung auf künftige Corona-Ausbrüche vor. Insgesamt wirken an den Projekten 94 Organisationen (Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen) mit. Außerdem sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU) stark eingebunden, die mehr als 20 Prozent der Teilnehmer ausmachen und 17 Prozent der Mittel erhalten werden.

https://ec.europa.eu/info/files/new-imi-research-projects-coronavirus_en

Kommission; Rede der Präsidentin der Kommission zum neuen MFR und Eigenmitteln im Rahmen des Wiederaufbaus

Am 13.05.2020 hielt die Präsidentin der Kommission von der Leyen eine Rede zum neuen Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 (MFR) inklusive Eigenmitteln im Rahmen des Wiederaufbaus Europas aufgrund der wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Pandemie. Sämtliche Mittel zum Wiederaufbau sollten über EU-Programme bereitgestellt werden. Das Aufbaupaket solle aus zwei Teilen bestehen. Zum einen aus dem MFR und zum anderen aus einem Headroom, welcher den Höchstbetrag an Geldern umfasse, den die Kommission in Form von Darlehen auf den Kapitalmärkten auf Basis von Garantien der Mitgliedstaaten aufnehmen könne. Insbesondere solle nach Kommissionssicht eine Aufstockung des Kohäsionsfonds erfolgen, die über die übliche Kohäsionsmittelausstattung im MFR hinausgehe. Zudem will die Kommission ein neues Solvenzinstrument vorschlagen. Es sei vorgesehen, einen Teil der Investitionen auf Grundlage bewährter Finanzierungsmodelle und staatlicher Garantien bereits in diesem Jahr zu starten. Das Wiederaufbauinstrument werde die drei wichtigsten Sicherheitsnetze, das SURE-Instrument, die von der Europäischen Investitionsbank bereitgestellten Finanzmittel und den Europäischen Stabilitätsmechanismus ergänzen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/SPEECH_20_877

EP; Justizkommissar Reynders im Rechtsausschuss (JURI)

Am 07.05.2020 fand im Rechtsausschuss (JURI) des EP ein Austausch mit Justizkommissar Didier Reynders über die Auswirkungen von Covid-19 auf den Bereich der Justiz statt. Kommissar Reynders unterstrich, dass die aktuelle Gesundheitskrise einen großen Einfluss auf die Beschleunigung des digitalen Übergangs habe, insbesondere im Justiz- und Gesellschaftsrechtssektor. Im nächsten mehrjährigen Finanzrahmens sollten Mittel für die digitale Wende bei der Justiz vorgesehen werden. Die Arbeiten an den Schlüsseldossiers, wie E-Evidence, Zustellung von Dokumenten und Verbandsklage sollten bald fortgesetzt werden. Hinsichtlich der von einigen MS geplanten Immunitätsausweise verwies er darauf, dass die Vereinbarkeit mit der DSGVO gewährleistet sein müsse; die KOM beabsichtige insoweit nicht, neue Regeln vorzustellen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/nl/press-room/20200507IPR78610/covid-19-meps-fear-impact-on-justice-system-and-threat-to-rule-of-law>

Rat; Videokonferenz der Bildungsminister

Am 18.05.2020 hielt der Rat der Bildungsminister im Rahmen einer Videokonferenz einen Gedankenaustausch über die Auswirkungen des Covid-19-Ausbruchs auf die allgemeine und berufliche Bildung in der EU. Die Minister tauschten sich insbesondere über den aktuellen Stand der Wiedereröffnung von Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung aus. Im Speziellen ging es dabei um hygienische, sanitäre und organisatorische Maßnahmen sowie um Fragen der Planung der Abschlussprüfungen und der Hochschulzulassung. Besondere Aufmerksamkeit schenkten die Minister

ferner Fragen der Digitalisierung des Bildungswesens und der im Rahmen der Krise verstärkten Notwendigkeit der engen Kommunikation zwischen Lehrern, Schülern und Eltern. Thematisiert wurden des Weiteren die besonderen Bedürfnisse von Schülern aus sozial benachteiligtem Umfeld sowie die damit zusammenhängenden materiellen und emotionalen Bedürfnisse. Darüber hinaus führten die Minister ihre Diskussionen über die verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und die Fortsetzung der grenzüberschreitenden Mobilität zu Lernzwecken fort.

<https://newsroom.consilium.europa.eu/events/20200518-video-conference-of-ministers-of-education-may-2020>

EP; Erasmus+ Zahlen zu Auswirkungen der Covid-19-Krise

Auch das Bildungswesen wurde von der Covid-19-Pandemie hart getroffen. Mit der Schließung von Universitäten und der Einführung von Reisebeschränkungen stehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an grenzübergreifenden Mobilitätsprogrammen wie dem Studentenaustauschprogramm Erasmus+ vor Problemen. Derzeit absolvieren 165.000 junge Menschen in ganz Europa einen Erasmus-Auslandsaufenthalt. Das EP hat am 06.05.2020 hierzu eine Evaluierung der aktuellen Situation veröffentlicht. Danach seien 25% der Studierendenaustauschprogramme aufgrund von Problemen in Verbindung mit Covid-19 abgebrochen worden. 37,5% der Studierenden hätten im Zusammenhang mit ihrem Austausch mindestens ein größeres Problem (z.B. konnten nicht nach Hause zurückkehren, Probleme mit der Unterkunft). 50% der Studierenden, deren Studiengang fortgesetzt worden sei, nähmen nun an Online-Kursen teil. 34% nutzten teilweise Online-Angebote, andere Kurse seien zum Teil verschoben worden. Die Kommission erklärte, dass sie Erasmus so flexibel wie rechtlich möglich gestalten werde, um die negativen Auswirkungen auf junge Menschen, die Freiwilligenarbeit leisten oder an Erasmus+ teilnehmen, so weit wie möglich zu verringern. Sie empfahl den nationalen Agenturen, die Klausel der "höheren Gewalt" geltend zu machen. Auf diese Weise könnten die Agenturen prüfen, ob zusätzliche Kosten bis zu einem maximalen Finanzhilfebeitrag akzeptiert werden könnten. Gegebenenfalls könnten sie geplante Maßnahmen um bis zu 12 Monate verschieben.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20200429STO78173/folg-en-von-covid-19-auf-erasmus-und-eu-solidaritatskorps>

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 13.-15.05.2020 in Brüssel

Notstandsgesetze in HUN und ihre Auswirkungen auf Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte

Am 14.05.2020 fand eine Debatte zur Notstandsgesetzgebung in HUN statt. In einer Debatte mit Kommissionsvizepräsidentin Věra Jourová und der kroatischen EU-Ratspräsidentschaft unterstrich die Mehrheit der Redner, dass die Notfallmaßnahmen der ungarischen Regierung zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie, einschließlich der Verhängung eines unbegrenzten Ausnahmezustands, nicht im Einklang mit den EU-Vorschriften ständen und warnte vor der zunehmenden Gefahr für die Demokratie. Mehrere Abgeordnete forderten die Kommission auf, die Prüfung der rechtlichen Änderungen abzuschließen und Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten. Sie forderten insbesondere die Einstellung der Zahlungen an HUN im Rahmen der neuen finanziellen Vorausschau und des Sanierungsplans, wenn die Rechtsstaatlichkeit nicht respektiert werde. Sie kritisierten auch die passive Haltung des Rates und

bestanden darauf, dass dieser das vom Parlament eingeleitete Verfahren nach Artikel 7 vorantreibe. Einige Abgeordnete verteidigten die von einem demokratisch gewählten Parlament in HUN getroffenen Entscheidungen und verglichen die im Land beschlossenen Sondermaßnahmen mit denen anderer EU-Mitgliedstaaten wie FRA oder ESP.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2020-05-14-ITM-004_DE.html

Aufstellung eines MFR-Notfallplans als Sicherheitsnetz zum Schutz der Begünstigten von EU-Programmen

Am 13.05.2020 haben die Abgeordneten mit einer Mehrheit von 616 - 29 - 46 eine legislative Entschließung angenommen, in der sie die Kommission auffordern, bis zum 15.06.2020 einen Vorschlag für einen Notfallplan für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) vorzulegen. Obwohl die derzeitigen Haushaltsobergrenzen automatisch verlängert würden, die Mittel also zur Verfügung ständen, wenn zum nächsten Jahr kein neuer MFR in Kraft trete, würden dennoch viele EU-Programme wie Kohäsion und Forschung oder Erasmus Ende 2020 auslaufen. Ziel sei es, ein Sicherheitsnetz für Bürger, Regionen, Städte, Landwirte, Universitäten oder Unternehmen zu schaffen, die zu den Begünstigten von EU-Programmen gehörten, und das Risiko auszuschließen, dass der derzeitige MFR und die Programme in ungeordneter Weise eingestellt oder verlängert würden. Nach den Abgeordneten solle der Notfallplan den Haushalt bzw. die Ausgabenprogramme vorübergehend vorrangig darauf ausrichten, die unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie anzugehen und zu lindern und zur Konjunkturbelebung beizutragen, und zwar durch zusätzliche Flexibilisierung und Finanzierung, wie dies bereits im diesjährigen Haushalt gemacht worden sei.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0065_DE.html

Verwendung von Apps zur Ermittlung von Kontaktpersonen im Kampf gegen das Coronavirus

Am 14.05.2020 stand eine Debatte ohne Entschließung zum Thema „Verwendung von Apps zur Ermittlung von Kontaktpersonen im Kampf gegen das Coronavirus“ auf der Tagesordnung. In der Debatte stellten die Abgeordneten fest, dass Apps zur Ermittlung von Kontaktpersonen zusammen mit anderen Covid-19-bezogenen Maßnahmen wie sozialer Distanzierung, Masken und Tests dazu beitragen könnten, die Ausbreitung der Pandemie einzudämmen. Die meisten Abgeordneten betonten jedoch, dass die Sicherheit der persönlichen Daten und die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger bei der Nutzung dieser Apps gewährleistet werden müssten. Die meisten EU-Länder haben bereits eine mobile Tracing-App eingeführt, mit der Personen aufgespürt werden können, die infiziert sind oder Gefahr laufen, sich mit dem Virus zu infizieren, oder beabsichtigen dies zu tun. Die Abgeordneten betonten, dass die Tracing-Apps wirklich freiwillig, diskriminierungsfrei und transparent sein müssten. Die Nutzung der Anwendung müsse strikt auf die Ermittlung von Kontaktpersonen beschränkt sein, und die Daten müssten gelöscht werden, sobald die Situation dies zulasse. Die Abgeordneten betonten auch die Notwendigkeit eines koordinierten Ansatzes bei der Entwicklung und Nutzung der Anwendungen, um ihre grenzüberschreitende Interoperabilität zu gewährleisten. Kommissar Didier Reynders und die kroatische Staatssekretärin Nikolina Brnjac teilten die Ansichten der Abgeordneten über die Notwendigkeit, sicherzustellen, dass die Bürger auf die Sicherheit der Apps vertrauen können. Reynders reagierte auf die Bedenken der Abgeordneten, indem er hervorhob, dass die nationalen Behörden mit den EU-Datenschutzbehörden zusammenarbeiten würden, um sicherzustellen, dass die Tracing-Apps den geltenden EU-Gesetzen zum Schutz der Privatsphäre und des Datenschutzes entsprechen. Er betonte auch, dass

die Kommission bestrebt sei, einen gemeinsamen Ansatz zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu gewährleisten, damit die Apps interoperabel seien.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2020-05-14-ITM-008_DE.html

Impfstoffe und Medikamente im Zusammenhang mit Covid-19

Die Abgeordneten diskutierten am 14.05.2020 mit Kommissionsvizepräsident Margaritis Schinas und dem kroatischen Ratsvorsitz darüber, wie die EU die Entwicklung eines Coronavirus-Impfstoffs und die Entwicklung von Behandlungsmethoden vorantreiben könne. Die Abgeordneten lobten die Bemühungen der EU, die Forschung zu unterstützen, betonten jedoch die Notwendigkeit, einen breiten Zugang zu erschwinglichen Medikamenten zu gewährleisten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2020-05-14-ITM-013_DE.html

Aufnahme des automatisierten Austauschs daktyloskopischer Daten in GBR

Die Abgeordneten lehnten am 13.05.2020 den Entwurf eines Durchführungsbeschlusses des Rates über den Austausch von Fingerabdrücken mit GBR mit 329 Ja-Stimmen, 357 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen ab. Die Abgeordneten fordern den Rat nachdrücklich auf, keine Entscheidung zu diesem Thema zu treffen, bis GBR Garantien für vollständige Gegenseitigkeit und Datenschutz gebe, und abzuwarten, bis der neue Rechtsrahmen für die neue partnerschaftliche Zusammenarbeit mit GBR abgeschlossen sei. Die Aufnahme des Fingerabdruck-Austauschs zwischen GBR und den EU-Mitgliedsstaaten (MS) würde es den zuständigen nationalen Behörden ermöglichen, Fingerabdruckdaten zur Prävention und Untersuchung von Straftaten auszutauschen. Dieser Beschluss über den Austausch von Fingerabdruckdaten wäre aber auf die am 31.12.2020 endende Übergangszeit beschränkt. Da jedoch nicht klar ist, ob GBR nach diesem Datum die EU-Datenschutzstandards erfüllen wird, könnte eine solche Entscheidung nach der Übergangszeit eine ernsthafte Gefahr für den Schutz der Grundrechte und -freiheiten der EU-Bürger darstellen. Darüber hinaus sind die Abgeordneten der Meinung, dass die Gegenseitigkeit des Datenaustauschs gewährleistet sein sollte, bevor eine Entscheidung in dieser Angelegenheit getroffen werde. Wie es im Entwurf des Durchführungsbeschlusses des Rates heißt, beabsichtige GBR im Gegensatz zu anderen MS nicht, Fingerabdruckdaten aus den Profilen von Verdächtigen zur Verfügung zu stellen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0068_DE.html

Entlastung der EU-Einrichtungen für 2018

Am 13. und 14.05.2020 haben die Abgeordneten der Kommission und den meisten anderen Organen und Einrichtungen der EU für die Ausführung des Jahreshaushaltsplans 2018 Entlastung erteilt. Der Haushaltsplan des Europäischen Rates und des Rates 2018 wurde nicht entlastet, u.a. weil „die Forderung des EP, den Haushaltsplan des Europäischen Rates und des Rates in einen Haushaltsplan für jedes Organ aufzuteilen, nicht berücksichtigt wurde“.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0090_DE.html

Einwand gemäß Art. 112: Genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87708 x MON 89788 x A5547-127

Am 14.05.2020 nahm das EP einen Einwand gemäß Art. 112 bezüglich genetisch veränderter Sojabohnen der Sorte MON 87708 x MON 89788 x A5547-127 an. Das EP vertritt darin die Auffassung, dass der Entwurf eines Durchführungsbeschlusses

der Kommission über die in der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 vorgesehenen Durchführungsbefugnisse hinausgehe und dem Unionsrecht insofern zuwiderlaufe, als er nicht mit dem Ziel der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 vereinbar sei, das entsprechend den allgemeinen Grundsätzen der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 darin bestehe, die Grundlage für ein hohes Schutzniveau für das Leben und die Gesundheit des Menschen, die Gesundheit und das Wohlergehen der Tiere, die Belange der Umwelt und die Interessen der Verbraucher im Zusammenhang mit genetisch veränderten Lebens- und Futtermitteln sicherzustellen und gleichzeitig das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts zu gewährleisten. Das EP fordert deshalb die Kommission auf, ihren Entwurf eines Durchführungsbeschlusses zurückzuziehen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0069_DE.html

EP; Entschließung zum neuen mehrjährigen Finanzrahmen, den Eigenmitteln und dem Aufbauplan

In der Entschließung vom 15.05.2020 zum neuen EU-Haushalt nach 2020 und zum Aufbau fordert das Parlament ein Paket bei dem die Unionsbürger im Mittelpunkt stehen und welches auf den Haushalt aufbaut. Der neue Aufbau- und Transformationsfonds soll zwei Billionen EUR umfassen. Er soll durch die Begebung langfristiger, durch den Unionshaushalt garantierter Aufbauanleihen finanziert werden und in Form von Darlehen sowie zum größten Teil in Form von Finanzhilfen, Direktzahlungen für Investitionen und die Bildung von Eigenkapital ausgezahlt werden. Das Aufbaupaket soll zusätzlich zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) bereitgestellt werden. Schwerpunkt der Investitionen sollen der „Green Deal“ und die Digitale Agenda sein. Die Abgeordneten bekräftigen ihre Forderung nach der Einführung einer Reihe neuer Eigenmittel, um eine weitere Erhöhung der direkten Beiträge der Mitgliedstaaten zum EU-Haushalt zu vermeiden, die nötig werden würden, um den Mittelbedarf in Bezug auf den MFR und den Aufbau- und Transformationsfonds zu decken.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0124_DE.pdf

Wirtschaft

Kommission; Einleitung der zweiten Konsultation zur Überarbeitung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung

Die Kommission bittet die Mitgliedstaaten (MS) und andere Interessenträger um Stellungnahme bis zum 06.07.2020 zu ihrem aktualisierten Vorschlag der gezielten Überarbeitung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO), d.h. der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Art. 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU. Intention der Änderung ist laut Kommission, dass beim kombinierten Einsatz von Finanzierungs- und Beihilfavorschriften der EU unnötige Komplexität vermieden werden sollte. Aus nationalen Mitteln gewährte Beihilfen für Vorhaben, die im Rahmen bestimmter EU-Programme unterstützt werden, sollen von der vorherigen beihilferechtlichen Prüfung durch die Kommission ausgenommen werden. Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission Margrethe Vestager erklärte hierzu, dass durch die Änderung das Zusammenspiel zwischen Finanzierungs- und Beihilfavorschriften der EU verbessert werde. Im Anschluss an diese zweite Konsultation (die erste Konsultation fand 2019 statt) will die Kommission den Verordnungsentwurf auf der Grundlage der Rückmeldungen nochmals überarbeiten.

Die endgültige Verordnung soll bis Ende 2020 von der Kommission angenommen werden.

https://ec.europa.eu/competition/consultations/2020_gber/consultation_document_de.pdf

Kommission; Genehmigung von Beihilfe für den Flughafen Saarbrücken

Die Kommission hat am 12.05.2020 eine deutsche Betriebsbeihilfe in Höhe von 18,2 Mio. EUR für den Flughafen Saarbrücken genehmigt. Der Regionalflughafen wird vom staatlichen Unternehmen Flughafen Saarland betrieben. Die Staatshilfe soll dazu beitragen, die regionale Verkehrsanbindung und die Entwicklung der Region zu verbessern. Die Kommission stellte fest, dass der Flughafen im Laufe des Jahres 2019 zwar einen Anstieg der Passagierzahlen zu verzeichnen gehabt habe, seit Beginn des Covid-19-Ausbruchs jedoch eine erhebliche Einschränkung seiner Dienstleistungen habe hinnehmen müssen. Die Kommission berücksichtigte die außergewöhnlichen Umstände bei der Prüfung der Verhältnismäßigkeit der Maßnahme.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200512-flughafen-saarbruecken_de

Eurostat; BIP im ersten Quartal 2020 im Vergleich zu 2019 im Euroraum um 3,2% gesunken, Erwerbstätigkeit um 0,3% gestiegen

Nach einer am 15.05.2020 veröffentlichten Schnellschätzung von Eurostat ist das saisonbereinigte BIP im ersten Quartal 2020 im Vergleich zum entsprechenden Quartal des Vorjahres im Euroraum um 3,2% und in der EU um 2,6% gesunken. Dies sind nach Angaben von Eurostat die stärksten Rückgänge seit dem dritten Quartal 2009, als ein Rückgang von 4,5% für den Euroraum und 4,4% für die EU zu verzeichnen war. Gegenüber dem entsprechenden Quartal des Vorjahres sei die Erwerbstätigkeit im ersten Quartal 2020 sowohl im Euroraum als auch in der EU um 0,3% gestiegen. Dies war nach Angaben von Eurostat der niedrigste Anstieg seit dem ersten Quartal 2014 für den Euroraum und dem vierten Quartal 2013 für die EU.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10294868/2-15052020-AP-DE.pdf/7b5a58fb-c31c-d99a-d9ee-461249c46cc8>

Eurostat; Industrieproduktion im Euroraum im März 2020 gegenüber zum Vorjahr um 12,9% gesunken

Nach einer am 13.05.2020 veröffentlichten Schnellschätzung von Eurostat ging die Industrieproduktion im März 2020 gegenüber März 2019 im Euroraum um 12,9% und in der EU um 11,8% zurück. In DEU habe die Industrieproduktion im März 2020 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahrs um 14,2% abgenommen.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10294808/4-13052020-AP-DE.pdf/c97d1d4e-3d7f-db39-1237-125b79b17fa7>

Kommission; Jahresbericht 2019 der EU-Plattform für Investitionsberatung

Am 14.05.2020 hat die Europäische Plattform für Investitionsberatung ihren Jahresbericht 2019 veröffentlicht. Die Plattform ist eine Partnerschaft zwischen der Europäischen Investitionsbank-Gruppe und der Kommission im Rahmen der Investitionsoffensive für Europa. Seit dem Start in 2015 seien bei der Beratungsplattform 2.300 Anträge auf beratende Unterstützung eingegangen. Die Anträge stammten aus der gesamten EU, wobei die Mehrzahl aus Kohäsionsländern, insbesondere POL, BUL und ROM stamme. Für mehr als 150 Investitionsvorhaben im Wert von insgesamt 34 Mrd. EUR sei nun auch eine Finanzierung durch die Europäische Investitionsbank beantragt worden. Rund die Hälfte davon komme theoretisch für eine Unterstützung durch den Europäischen Fonds für strategische Investitionen in Frage.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_835

EuRH; EU-Plattform für Investitionsberatung hat noch mehr Potential

Der EuRH hat am 12.05.2020 den Sonderbericht „Europäische Plattform für Investitionsberatung: Die zur Ankurbelung von Investitionen in der EU ins Leben gerufene Plattform hat bislang begrenzte Auswirkungen“ veröffentlicht. Die Plattform bietet für Projektträger Beratungsdienste an. Der Sonderbericht beleuchtet alle Tätigkeiten der Plattform bis Dezember 2018. Der EuRH gelangt darin zu dem Schluss, dass sich die Plattform noch nicht als wirksames Instrument zur Ankurbelung von Investitionen erwiesen habe. Dies sei insbesondere darauf zurückzuführen, dass es keine hinreichend klare Strategie gegeben habe, um die Unterstützung gezielt auf die Bereiche auszurichten, in denen sie den größten Mehrwert habe erbringen können. So seien im Zeitraum von 2015 bis 2018 zwar 1.091 Anträge auf Unterstützung eingegangen. Nur 285 (26%) dieser Anträge hätten aber zu einem Beratungsauftrag der Plattform geführt. Der EuRH empfiehlt u.a., die aus dem Betrieb der Plattform gezogenen Lehren bei der Einrichtung der für den Zeitraum ab 2021 geplanten neuen InvestEU-Beratungsplattform zu berücksichtigen.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR20_12/SR_European_Investment_Advisory_Hub_DE.pdf

V e r k e h r

EP; Sitzung zur Zukunft des Verkehrssektors und zum „Green Deal“ mit Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans

Am 11.05.2020 traf sich der Ausschuss für Verkehr und Tourismus des EP (TRAN) mit dem Exekutiv-Vizepräsidenten der Kommission Frans Timmermans. Die Debatte über die Zukunft des Verkehrssektors in Zusammenschau mit dem „Green Deal“ war thematisch stark von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie geprägt. Timmermans erklärte, dass die Umgestaltung des Verkehrssektors für den Erfolg des „Green Deals“ von wesentlicher Bedeutung sei. Es müsste alles darangesetzt werden, dass Arbeitsplätze gerettet würden und gleichzeitig ein fairer Übergang zur Nachhaltigkeit gelinge. Hinsichtlich der Automobilindustrie gab er zu bedenken, dass sie insgesamt nachhaltiger werden müsse, wenn sie von staatlichen Hilfen profitieren wolle. In diesem Zusammenhang nannte er schlagwortartig nachhaltige Abwrackprämien zur Stimulierung der Nachfrage und die Verbesserung der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Europa. Er nehme auch wahr, dass die See- und Luftfahrtindustrie sich in Schwierigkeiten befinde. Die Luftfahrt müsse sich aber die Forderung gefallen lassen, der Gesellschaft entgegenzukommen, wenn sie staatliche Unterstützung einfordere. So könne die Luftfahrt etwa ihren CO₂-Ausstoß reduzieren, die Flotten modernisieren, in nachhaltigere Treibstoffe investieren und Kurzstreckenflüge in reduzierter Anzahl anbieten. Kurzstrecken könnten so auf die Schienen verlagert werden. Mehrere MdEP äußerten Zweifel an der Vereinbarkeit der Wiederankurbelung der Wirtschaft und der Sicherung von Arbeitsplätzen mit der Umsetzung des „Green Deal“ im Verkehrssektor. Timmermans negierte ausdrücklich einen Widerspruch beider Ziele.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20200507IPR78616/response-to-pandemic-is-vital-for-the-sustainable-future-of-the-transport-sector>

Kommission; DEU soll Richtlinie über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der EU umsetzen

Die Kommission hat am 14.05.2020 die erste Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen DEU wegen Nichteinhaltung der Richtlinie über

die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der EU eingeleitet. Die Kommission ist im Falle von DEU der Auffassung, dass die nationalen Bestimmungen betreffend die Anforderungen an die Bremsanlagen von Güterwagen nicht mit dem EU-Recht im Einklang ständen und die Bemühungen um Interoperabilität behinderten. Im Rahmen eines Aufforderungsschreibens fordert die Kommission DEU dazu auf, das nationale Recht mit der Richtlinie in Einklang zu bringen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/INF_20_859

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren wegen Nicht-Einrichtung einer Stelle für Redlichkeitskultur in der Zivilluftfahrt

Die Kommission hat am 14.05.2020 beschlossen, gegen DEU und neun weiteren Mitgliedstaaten (MS) ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten. Die betroffenen MS haben – ebenso wie IRL, gegen das bereits die erste Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens eingeleitet wurde – keine Stelle für die Redlichkeitskultur gemäß der Verordnung über die Meldung, Analyse und Weiterverfolgung von Ereignissen in der Zivilluftfahrt benannt. Eine solche Stelle soll sicherstellen, dass Personen, die sicherheitsrelevante Vorkommnisse in der Zivilluftfahrt melden, nicht von ihrem Arbeitgeber oder den Behörden der MS belangt werden können.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/INF_20_859

E n e r g i e

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichteinhaltung von Bestimmungen über die Sicherheit der Erdgasversorgung u.a. gegen DEU

Die Kommission hat am 14.05.2020 beschlossen, Aufforderungsschreiben an alle Mitgliedstaaten (mit Ausnahme von CYP) und an GBR zu richten, da sie einige Bestimmungen der Verordnung über die Sicherheit der Erdgasversorgung nicht einhielten. In der Verordnung werden Anforderungen festgelegt, um potenzielle Störungen der Gasversorgung in der EU zu verhindern bzw. darauf zu reagieren. Diese Maßnahme stellt eine Vorstufe eines Vertragsverletzungsverfahrens dar.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/INF_20_859

Kommission; Konsultation zur Vorbereitung der Reform der Leitlinien für transeuropäische Energieinfrastruktur

Die Kommission hat am 18.05.2020 eine öffentliche Konsultation zur Überprüfung der EU-Vorschriften für transeuropäische Energieinfrastruktur und eine gezielte, technische Konsultation für Interessenvertreter eingeleitet. Die Konsultation läuft bis zum 13.07.2020. Die eingehenden Rückmeldungen werden in die Überarbeitung der Verordnung über Leitlinien für transeuropäische Energieinfrastruktur – auch bekannt als die „TEN-E-Verordnung“ – einfließen. Ziel der Überarbeitung ist, die EU-Energieinfrastruktur im Sinne des „Green Deal“ mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2050 in Einklang zu bringen. Der Legislativvorschlag soll bis Ende 2020 veröffentlicht werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200518-konsultation-eu-energieinfrastruktur_de

Kommission; neuer Aufruf zu WiFi4EU am 03.06.2020

Die Kommission wird am 03.06.2020 (13:00 Uhr) ihren vierten und letzten Aufruf des Programms WiFi4EU starten. Der Aufruf endet am 04.06.2020 (17:00 Uhr). Die Kommission wird 947 Gutscheine an Gemeinden vergeben. Die Gemeinden können Gutscheine im Wert von 15.000 EUR für die Installation von WLAN-Netzen beantragen; sie müssen sich vorher aber auf dem WiFi4EU-Portal registrieren. Die Hotspots sollen an öffentlichen Orten eingerichtet werden, an denen noch kein kostenloses WLAN-Angebot verfügbar ist. Es steht insgesamt ein Budget von 14,2 Mio. EUR zum Abruf. Beim ersten WiFi4EU-Aufruf 2018 wurden 2.800 Gutscheine nach Bewerbungen aus mehr als 13.000 Gemeinden aus allen Mitgliedstaaten, Norwegen und Island vergeben. Beim zweiten Aufruf im April 2019 wurden mehr als 10.000 Bewerbungen für 3.400 Gutscheine eingereicht. Bei der dritten Ausschreibung im September 2019 wurden in den ersten zwei Sekunden 1.780 Gutscheine verteilt. Die ursprünglich für März 2020 geplante vierte Ausschreibung war wegen der Coronakrise verschoben worden.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/wifi4eu-new-call-date-announced-1>

EP; Rechtsausschuss debattiert über Berichte zu Künstlicher Intelligenz

Der EP-Rechtsausschuss (JURI) hat am 12.05.2020 über drei der vier Initiativberichte des Ausschusses zu Künstlicher Intelligenz (KI) debattiert. MdEP Ibán García Del Blanco (S&D/ESP) stellte zunächst seinen Berichtsentwurf über die ethischen Aspekte von KI vor. Der Berichterstatter schlägt eine „Verordnung über ethische Grundsätze für die Entwicklung, den Einsatz und die Nutzung von künstlicher Intelligenz, Robotik und damit zusammenhängenden Technologien“ vor. Er fordert außerdem die Schaffung einer Europäischen Agentur für KI, die gemeinsame Kriterien und ein Antragsverfahren für die Erteilung eines europäischen Zertifikats über die Einhaltung ethischer Grundsätze entwickelt. Sodann präsentierte MdEP Axel Voss (EVP/DEU) seinen Berichtsentwurf über ein europäisches Haftungsregime für KI. Er schlägt vor, die zivilrechtliche Haftung des Betreibers von KI-Systemen durch eine Verordnung europaweit vollständig zu harmonisieren. Dabei wählt er einen risikobasierten Ansatz: Für Anwendungen mit hohem Risiko soll der Betreiber verschuldensunabhängig haften und verpflichtet sein, eine Haftpflichtversicherung abzuschließen. Vorbild ist die Halterhaftung für Kraftfahrzeuge. Schließlich fand eine Aussprache über den Berichtsentwurf von MdEP Stéphane Séjourné (RN/FRA) über die Rechte des geistigen Eigentums bei der Entwicklung von KI statt. In den Aussprachen wurde betont, dass die gewählten Definitionen in den Berichten einheitlich sein sollten. Umstritten ist der Vorschlag, eine neue EU-Agentur für KI zu gründen. Mit der Abstimmung im Ausschuss wird für Ende September gerechnet; das Plenum könnte dann im Oktober abstimmen. Der Zeitplan für den vierten Bericht über Aspekte des internationalen Rechts und KI – Berichterstatter MdEP Gilles Lebreton (ID/FRA) – verzögert sich. Bisher liegt nur ein Arbeitsdokument vor; die Debatte hierüber ist auf eine der nächsten Sitzungen des JURI verschoben worden.

https://multimedia.europarl.europa.eu/de/juri-committee-meeting_20200512-0900-COMMITTEE-JURI_vd

Forschung

Kommission; Initiative des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts zur EU-Förderung von Unternehmen im Lichte der Coronakrise

Am 14.05.2020 hat das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) den Start der „EIT-Initiative zur Krisenbewältigung“ („EIT Crisis Response Initiative“) bekannt gegeben. Das EIT ist fester Pfeiler des Forschungsrahmenprogramms Horizont 2020. Mit den Finanzhilfen in Höhe von 60 Mio. EUR werden Innovationen in den Bereichen Gesundheit, Klimawandel, Digitalisierung, Lebensmittel, nachhaltige Energien, Mobilität in der Stadt, Fertigung und Rohstoffversorgung gefördert. Die acht Wissens- und Innovationsgemeinschaften des EIT (die sogenannten KICs) werden in den kommenden Wochen zusätzliche europaweite Ausschreibungen für diese Aktivitäten durchführen. Die Finanzmittel sollen die Inangriffnahme neuer Innovationsprojekte zur Bewältigung der unmittelbaren Krise angehen und werden durch zusätzliche Mittel im Rahmen des „Instruments zur Unterstützung von Vorhaben“ („Venture Support Instrument“) hoch innovative Start-ups, Scale-ups und kleine und mittlere Unternehmen unterstützen, die für eine schnelle Erholung der Wirtschaft entscheidend sind. Mariya Gabriel, die für das EIT zuständige Kommissarin erklärte: „In einer Phase der Krise, wie wir sie derzeit erleben, müssen wir sicherstellen, dass die Ressourcen gezielt eingesetzt werden, um rasch Ergebnisse zu erzielen. Wir sorgen dafür, dass die finanzielle Unterstützung aufgestockt und schneller an diejenigen verteilt wird, die an den vielversprechendsten Antworten auf die schwierigen Fragen arbeiten, die Covid-19 aufwirft.“

https://eit.europa.eu/sites/default/files/tra-de-pr_eit_community_crisis_response_initiative_final_0.pdf

Finanzdienstleistungen

EBA; Bericht zu Dividendenarbitrage-Geschäften

Die am 12.05.2020 von der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) veröffentlichten vorläufigen Schlussfolgerungen zu Dividendenarbitrage-Geschäften (Cum-Ex/Cum-Cum) beruhen auf Rückmeldungen der nationalen Bankenaufsichten und Bankbehörden. Hintergrund war die Aufforderung des EP im November 2018 zu einer formellen Untersuchung, als die Steueroptimierungspraktiken bekannt wurden. Aus dem Bericht geht hervor, dass keine einheitliche Einschätzung der verschiedenen nationalen Behörden bezüglich Dividendenarbitrage-Geschäften besteht. Fast jedes Land habe ein eigenes Verständnis davon, was als Steuervergehen einzustufen sei. In einigen Ländern seien die Cum-Ex-Deals nicht strafbar. Die zuständigen nationalen Behörden, die Maßnahmen ergriffen hätten, hätten dies als Reaktion auf Geldwäsche oder auf sich bereits herauskristallisierte Governance-Risiken getan. Nur wenige hätten untersucht, ob es einen Zusammenhang zwischen Steuerdelikten, Geldwäsche und Governance-Versagen gebe. Für 2020/21 beschloss die EBA einen Zehn-Punkte-Aktionsplan, um den Anti-Geldwäsche-Rahmen hinsichtlich Dividendenarbitrage-Geschäften zu verbessern.

<https://eba.europa.eu/eba-publishes-its-inquiry-dividend-arbitrage-trading-schemes-cum-excum-cum-and-announces-10-point>

EZB; Veröffentlichung des Jahresberichts 2019

Am 07.05.2020 veröffentlichte die Europäische Zentralbank (EZB) den Jahresbericht zum Jahr 2019. Der Rückhalt für den EUR sei in der Bevölkerung mit einem Zustimmungswert von 76% stärker denn je. Das Wirtschaftswachstum habe abgeschwächt und bei 1,2% (2018: 1,9%) gelegen. Die Arbeitslosenquote sei auf 7,6% gesunken und das Lohnwachstum sei robust gewesen. Die Gesamtinflation im Eurogebiet habe durchschnittlich 1,2% (2018: 1,8%) betragen. Der EZB-Rat habe Maßnahmen zur geldpolitischen Akkommodierung ergriffen. Diese umfassten längerfristige Refinanzierungsgeschäfte, die Erweiterung der Forward Guidance, eine Senkung des Zinssatzes für die Einlagefazilität und die Wiederaufnahme des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP). Ferner sei ein zweistufiges System für die Verzinsung der Reserveguthaben eingeführt worden. Die Kernkapitalquote des Bankensektors habe 14,2% betragen.

<https://www.ecb.europa.eu/pub/annual/html/ar2019~c199d3633e.de.html#toc1>

EuRH; Tätigkeitsbericht für das Jahr 2019

Am 07.05.2020 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof (EuRH) seinen Tätigkeitsbericht für das Jahr 2019. Dabei wurde der Fokus zunehmend darauf gelegt, Leistung und Mehrwert der Ausgaben und Regulierungsmaßnahmen der EU zu beurteilen. Es wurden 67 Berichte, Analysen und Stellungnahmen, die sich mit Fragen wie grenzüberschreitender Gesundheitsversorgung, erneuerbaren Energien, Cybersicherheit, Migration und haushaltspolitischer Steuerung auseinandersetzen, veröffentlicht. Die Umsetzungsquote von Empfehlungen, welche in den aus Wirtschaftlichkeitsprüfungen hervorgegangenen Berichten (2019: 36 Berichte) enthalten seien, sei sehr hoch. Rund 95% der ausgesprochenen Empfehlungen aus den Berichten des Jahres 2015 seien bis 2019 umgesetzt worden. Nahezu 90% der Empfänger von EuRH-Berichten hielten diese für zweckmäßig und fast 80% sprächen ihnen Wirkung zu. Zehn mutmaßliche Betrugsfälle (2018: 9 mutmaßliche Betrugsfälle) seien an das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung der EU (OLAF) weitergeleitet worden.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/AAR19/AAR19_DE.pdf

EUR-Gruppe; Einigung über Einzelheiten zu Hilfskrediten aus dem ESM

Am 08.05.2020 tagte die EUR-Gruppe im regulären Format (Finanzminister der EUR-Zone) per Video-Konferenz. Dabei verständigten sich die Finanzminister u. a. über die Bedingungen für die bis zu 240 Mrd. EUR umfassenden Hilfen aus dem Europäischen Rettungsschirm ESM, die den Staaten helfen sollen, die Auswirkungen der Corona-Pandemie zu bewältigen. Aufgrund der außergewöhnlichen Natur der Krise einigten sich die Minister auf günstige und angemessene finanzielle Bedingungen. Einzige Voraussetzung sei, dass die Gelder für die direkten und indirekten Kosten für Gesundheitsversorgung, Heilung und Prävention wegen der Pandemie genutzt würden. Dem Vorschlag der EU-Kommission folgend wurde auf die sonst übliche verschärfte Überwachung der Haushaltsführung der Staaten, die Hilfen in Anspruch nehmen, verzichtet. Des Weiteren wurde durch die Kommission über die regelmäßig wiederkehrende Nachprogrammüberwachung vom Februar für PTL berichtet. Die wirtschaftliche Lage, einschließlich Arbeitsmarkt, öffentlicher Haushalt und Bankensektor, sei vor Ausbruch der Pandemie positiv gewesen.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/05/08/eurogroup-statement-on-the-pandemic-crisis-support/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Eurogroup+Statement+on+the+Pandemic+Crisis+Support

Rat; ECOFIN berät über EU-Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie

Am 19.05.2020 tagte der Rat der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) mit den Wirtschafts- und Finanzministern per Videokonferenz. Der Rat begrüßt die Annahme des neuen Kredit-Programms zur Finanzierung von Kurzarbeit „SURE“, welches den Mitgliedstaaten (MS) die Möglichkeit gewährt, günstige Darlehen mit einem Umfang von bis zu 100 Mrd. EUR aufzunehmen. Zur Gewährung der Darlehen wird die Kommission für die EU Mittel auf den internationalen Kapitalmärkten aufnehmen. Der Garantiefonds der Europäischen Investitionsbank (EIB) soll mit einem Kapital von 25 Mrd. EUR Unterstützung für Unternehmen in Höhe von bis zu 200 Mrd. EUR generieren. Ferner diskutierten die Minister mit der Kommission deren Aktionsplan vom 07.05.2020 zur Intensivierung der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Die MS einigten sich zudem auf die Ratsschlussfolgerungen zu den Länderberichten des Europäischen Semesters 2020.
https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/ecofin/2020/05/19/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Video+conference+of+economics+and+finance+ministers

Kommission; Veröffentlichung des Frühjahrspakets des Europäischen Semesters

Am 20.05.2020 hat die Kommission das Frühjahrspaket des Europäischen Semesters (länderspezifische Empfehlungen) veröffentlicht. Die Empfehlungen sind kurzfristig auf die Abmilderung der Folgen der Covid-19-Pandemie und kurz- bis mittelfristig auf die Erreichung eines nachhaltigen und inklusiven Wachstums, welches den Übergang zu einer grünen Wirtschaft und den digitalen Wandel erleichtert, ausgerichtet. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie wird empfohlen, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Pandemie zu bekämpfen und die Wirtschaft und die anschließende Konjunkturerholung zu unterstützen. Für DEU wird zum einen empfohlen, im Einklang mit der allgemeinen Ausweichklausel alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Pandemie wirksam zu bekämpfen, die Wirtschaft zu stützen und ihre Erholung zu fördern. Zum anderen sollten durchführungsreife öffentliche Investitionsprojekte vorgezogen und private Investitionen unterstützt werden, um die wirtschaftliche Erholung zu fördern.
https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/2020-european-semester-csr-comm-recommendation-germany_de.pdf

Eurostat; Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf 0,3% gesunken

Am 20.05.2020 veröffentlichte Eurostat die jährlichen Inflationsraten. Im April 2020 habe die jährliche Inflationsrate im Euroraum bei 0,3% gelegen, gegenüber 0,7% im März. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,7% betragen. Die jährliche Inflationsrate in der EU habe im April 2020 bei 0,7% gelegen, gegenüber 1,2% im März. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,9% betragen. Die niedrigsten jährlichen Raten seien in SLO (-1,3%), CYP (-1,2%), EST und GRI (je -0,9%) gemessen worden. Die höchsten jährlichen Raten seine in CZR (3,3%), POL (2,9%) und HUN (2,5%) gemessen worden. Im April sei der höchste Beitrag zur jährlichen Inflation im Euroraum von Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (+0,67 Prozentpunkten) gekommen, gefolgt von Dienstleistungen (+0,52 Prozentpunkten), Industriegütern ohne Energie (+0,09 Prozentpunkten) sowie Energie (-0,97 Prozentpunkten). Die Inflationsrate in DEU habe im April 2020 0,8% betragen.
<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10294856/2-20052020-AP-DE.pdf/d4ea6baa-033a-cbf8-206a-a318ecb33165>

Kommission; Bürgerinitiative für Bedingungsloses Grundeinkommen in der EU registriert

Am 15.05.2020 hat die Kommission eine europäische Bürgerinitiative (EBI) „Bedingungsloses Grundeinkommen in der gesamten EU“ registriert. Deren Ziel ist es, ein bedingungsloses Grundeinkommen für die Existenzsicherung und gesellschaftliche Teilhabe im Rahmen der EU-Wirtschaftspolitik einzuführen. Die Organisatoren fordern die Kommission auf, einen Vorschlag vorzulegen, der mit einem universellen Grundeinkommen zur Verringerung der regionalen Unterschiede beiträgt. Ab dem Zeitpunkt der Registrierung haben die Organisatoren nun ein Jahr Zeit, um eine Mio. Unterstützungsbekundungen aus mindestens sieben Mitgliedstaaten zu erhalten. Sollte dies gelingen, ist die Kommission angehalten, sich mit dem Sachverhalt auseinanderzusetzen. Sie kann die mit der EBI verbundenen Aufforderungen jedoch mit Begründung auch ablehnen.

<http://www.ebi-grundeinkommen.de/>

COFACE; EU-Studie DigiGen untersucht Einfluss der Digitalisierung auf Kinder und Jugendliche

Der Europäische Verband von Familienorganisationen (COFACE) führt gemeinsam mit acht Universitäten eine Studie zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf Kinder und Jugendliche durch. Mit dem aus dem EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 finanzierten Projekt soll innerhalb von drei Jahren die digitale Teilhabe in den Bereichen Bildung, zu Hause, Freizeit sowie Kinder und Bürgerbeteiligung untersucht werden. Anhand quantitativer und qualitativer Methoden wird u.a. der Einfluss des sozioökonomischen Hintergrunds und des Geschlechts in diesem Kontext untersucht. Ein Ziel sei es, mit den Ergebnissen zur Stärkung der Kinderrechte im digitalen Zeitalter beizutragen.

<https://www.digigen.eu/>

EuGH; Generalanwalt sieht arbeitssuchende Eltern von beschulten Kindern empfangsberechtigt für Sozialhilfe

Am 14.05.2020 hat Generalanwalt Giovanni Pitruzzella seine Schlussanträge in der Rechtssache C-181/19 Jobcenter Krefeld gegen JD zur Empfangsberechtigung von mobilen Arbeitern für Sozialhilfe in DEU vorgelegt. Geklagt hatte ein ehemaliger polnischer Wanderarbeitnehmer gegen das Jobcenter Krefeld. Dieses hatte seinen Antrag auf Leistungen nach SGB II mangels vorangehender Tätigkeit in DEU abgelehnt. In seiner Begründung stützte sich das Jobcenter auf einen ähnlichen Fall, bei dem den Mitgliedstaaten (MS) das Recht eingeräumt wurde, Unionsbürger, die zur Arbeitssuche einreisen, von bestimmten beitragsunabhängigen Sozialleistungen auszuschließen. Der Generalanwalt stuft den Kläger in seinen Schlussanträgen jedoch als bezugsberechtigt ein. Dabei verweist er auf den unionsrechtlichen Anspruch, dass Familienangehörige zu gleichen Bedingungen am allgemeinen Unterricht wie Staatsangehörige teilnehmen können. Im konkreten Fall geht dieses Zugangsrecht der Kinder zum Unterricht für den Generalanwalt mit einem Anspruch auf Sozialhilfe für das Elternteil einher, das die elterliche Sorge der Kinder innehat.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=226501&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=681020>

OSHA; Neues EU-Barometer zur Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz

Die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit (OSHA) hat am 15.05.2020 ein neues Barometer veröffentlicht. Diese kann in Form eines Werkzeugs zur Visualisierung von europaweiten Daten genutzt werden, um den aktuellen Status

sowie Trends zur Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz zu erfassen. Als Grundlage der Datenbank dienen u.a. Statistiken der für Arbeit zuständigen Generaldirektion EMPL, von Eurostat sowie von nationalen Kontaktstellen der Mitgliedstaaten.

<https://visualisation.osha.europa.eu/osh-barometer#!/>

EIGE; Toolkit für mehr Geschlechtergerechtigkeit bei der Nutzung von EU-Mitteln

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) hat ein Toolkit für Gender Budgeting veröffentlicht. Damit sollen die EU-Gelder aus Strukturfonds mit geteilter Mittelverwaltung besser mit dem Ziel der Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit genutzt werden können. Das Toolkit ist aktuell nur auf Englisch verfügbar, soll aber in Kürze auch in deutscher Sprache abrufbar sein.

<https://eige.europa.eu/gender-mainstreaming/toolkits/gender-budgeting>

FRA; Grundrechteagentur veröffentlicht Studie zur Situation von LGBTI-Personen in Europa

Am 14.05.2020 hat die Europäische Agentur für Grundrechte (FRA) die Ergebnisse einer Studie zur aktuellen Situation von LGBTI-Personen in Europa veröffentlicht. Mit 140.000 Befragten ist es dies bisher größte Erhebung in Sachen Hasskriminalität und Diskriminierung. Hierbei seien große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten offenbar geworden. Zudem verheimlichten viele LGBTI ihre sexuelle Identität aus Angst vor Diskriminierung. Schwierigkeiten am Arbeitsplatz und bei der medizinischen Versorgung könnten sich darüber hinaus aufgrund von Covid-19 noch verschärfen. Die Studie „A long way to go for LGBTI equality“ nimmt die Bereiche Offenheit, Mobbing, Übergriffe, Diskriminierung, Schule und Wirtschaftliche Situation im besonderen Maße in den Blick.

<https://fra.europa.eu/en/publication/2020/eu-lgbti-survey-results>

Kommission; Vertragsverletzung gegen AUT wegen Indexierung von Familienleistungen eingeleitet

Am 14.05.2020 hat die Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen AUT wegen der Indexierung von Familienleistungen eingeleitet. Gegenstand ist der dort am 01.01.2019 eingeführte Mechanismus zur Indexierung der Höhe von Familienleistungen, Kinderabsetzbeträgen und anderen Steuervorteilen für Familien. Dabei erhalten in AUT arbeitende EU-Bürger, deren Kinder jedoch in einem anderen Land leben, geringere Leistungen und Freigrenzen, wenn die dortigen Lebenshaltungskosten als niedriger angesehen werden. Da die Indexierung jedoch nicht auf österreichische Staatsangehörige angewandt werde, die für eine österreichische Behörde im Ausland arbeiteten, sieht die KOM einen Verstoß gegen den in den Verordnungen zur Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme und zur Arbeitnehmerfreizügigkeit festgelegten Grundsatz der Gleichbehandlung.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_849

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; EU-Gesundheitspreis 2020: Neue Bewerbungsfrist 16.09.2020

Die Bewerbungsfrist für den EU-Gesundheitspreis 2020 wurde bis 16.09.2020 verlängert. Mit dem „Health Award“ prämiiert die Kommission jährlich Projekte zu bestimmten Themenschwerpunkten. In diesem Jahr sind dies Kampagnen und Maßnahmen im Bereich „gesunde Lebensführung“ und „Impfungen“ für Kinder und

Jugendliche. An dem Wettbewerb teilnehmen können NGOs, Schulen und Kindergärten in der Kategorie „Impfungen“ sowie Städte und Schulen in der Rubrik „gesunde Lebensführung“. Ausgelobt werden jeweils 50.000 EUR für den ersten sowie 30.000 EUR und 20.000 EUR für den zweiten und dritten Preis.

https://ec.europa.eu/health/award/rules_de

DigitalHealthEurope: Weißpapier zur Implementierung von Dateninfrastrukturen im Gesundheitsbereich

Das EU-geförderte Projekt DigitalHealthEurope hat ein „Weißpapier“ zur besseren Nutzung von Dateninfrastrukturen im Gesundheitsbereich sowie der Sekundärnutzung von Gesundheitsdaten veröffentlicht. Ziel des Papiers sei es, den aktuellen Stand in diesem Bereich zusammenzutragen und somit einen Beitrag zur Umsetzung der Mitteilung KOM (2018) 233 zur digitalen Transformation im Gesundheitswesen zu leisten.

https://digitalhealtheuropa.eu/fileadmin/dhe/dhe_documents/dhe_white_paper_better_health_data_publishablessummary.pdf

OSHA; Bericht zur Bekämpfung arbeitsbedingter Muskel- und Skeletterkrankungen veröffentlicht

Am 20.05.2020 hat die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA) einen Bericht zu arbeitsbedingten Muskel- und Skeletterkrankungen veröffentlicht. Darin werden wirksame Strategien, Konzepte und Verfahren aus der Präventionspolitik und -praxis vorgestellt. Hierfür seien 25 Initiativen und Sensibilisierungskampagnen sowie einschlägige Rechtsvorschriften und Inspektionsmechanismen zu deren Einhaltung in 14 Ländern untersucht und ausgewertet worden. Ein Schwerpunkt des Berichts sind Präventionsmaßnahmen in kleinen und mittleren Unternehmen. Die Forschungsergebnisse wiesen auf mehrere Schlüsselfaktoren für erfolgreiche politische Maßnahmen hin. Hierbei seien insbesondere das Engagement aller Akteure sowie positive Anreize und die Berücksichtigung ergonomischer Aspekte ausschlaggebend, um nachhaltige Effekte zu erzielen.

<https://osha.europa.eu/de/publications/prevention-policy-and-practice-approaches-tackling-work-related-musculoskeletal/view>

U m w e l t

ECHA; Jahresbericht veröffentlicht

Am 13.05.2020 hat die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) ihren Jahresbericht 2019 zur regulatorischen Strategie der ECHA vorgelegt. Die ECHA ist mit der Umsetzung von Rechtsvorschriften im Bereich Chemikalien, mit dem Schutz der Gesundheit des Menschen und der Umwelt befasst und hat aktuell bereits über 21.000 Chemikalien hinsichtlich ihrer Risikogruppe eingestuft. Die Empfehlungen erstrecken sich vorrangig auf die weitere Harmonisierung des Labellings in der EU, den verbesserten Datenzugang zur Risikoeinstufung in der Industrie sowie die vertiefte Zusammenarbeit und Koordination der befassten Behörden.

https://echa.europa.eu/documents/10162/27467748/irs_annual_report_2019_en.pdf/bd23e8cb-a55a-24af-4be3-7a29828ebb09

Rat; Videokonferenz der EU-Minister für Landwirtschaft und Fischerei

Der kroatische Ratsvorsitz organisierte am 13.05.2020 die zweite Videokonferenz der EU-Minister für Landwirtschaft und Fischerei, an der auch die EU-Kommissare Janusz Wojciechowski und Virginijus Sinkevičius teilnahmen. Erörtert wurden die bereits eingeführten Maßnahmen, aber auch die möglichen weiteren Maßnahmen auf nationaler und EU-Ebene, mit denen die negativen Folgen der COVID-19-Pandemie auf die Landwirtschaft und Fischerei bewältigt werden können. Minister forderten, dass weitere Maßnahmen zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktion eingeleitet werden sollen, sowohl hinsichtlich der weiteren Lockerung der aktuellen GAP-Regelungen, als auch hinsichtlich weiterer finanzieller Unterstützung und zusätzlicher Marktmaßnahmen. Außerdem wurden eine Unterstützung der privaten Lagerhaltung für die Bereiche wie Geflügel, Schweinefleisch, Rindfleisch und Kartoffeln gefordert. Mehrere Mitgliedsstaaten forderten zusätzlich Maßnahmen für die Weinproduktion: Die Kommission wurde aufgefordert alle möglichen Optionen zur finanziellen Unterstützung zu prüfen. Die Möglichkeit der Umschichtung von Mitteln aus der zweiten Säule wurde begrüßt. Doch viele Mitgliedsstaaten betonten, dass sie nicht in der Lage sein werden, diese Möglichkeit zu nutzen, da ein Großteil der Geldmittel in der zweiten Säule bereits verausgabt sei. Viele Minister (u.a. FRA, ITL, IRL) forderten dass die Mittel für die gemeinsame Agrarpolitik im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen mindestens denen im aktuellen Haushalt entsprechen sollen, während manche Minister (POL, ROM) eine Erhöhung der Mittel forderten.

<https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=284>

EP; Parlament stimmt gegen die Zulassung einer Monsanto-Sojabohne in der EU

Das Europäische Parlament lehnte die Zulassung einer genetisch veränderten Herbizid toleranten Sojabohne (MON 87708 x MON 89788 x A5547-127) in der EU im Interesse der öffentlichen Gesundheit und der nachhaltigen Entwicklung ab. Der Einspruch wurde mit 477 Ja-Stimmen bei 181 Nein-Stimmen und 23 Enthaltungen angenommen. Der Einspruch bezieht sich sowohl auf den gentechnisch veränderten Organismus als auch auf die Produkte, die aus diesem hergestellt werden oder diesen enthalten. Das Parlament fordert die Kommission auf, ihren Vorschlag für einen Durchführungsbeschluss zurückzuziehen. Der Einspruch des EP ist allerdings rechtlich nicht bindend; die Kommission kann daher die Produkte, die den fraglichen gentechnisch veränderten Organismus enthalten, genehmigen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-9-2020-0121_DE.html

Kommission; Strategie vom Hof auf den Tisch

Am 20.05.2020 hat die Europäische Kommission im Rahmen des europäischen Grünen Deals die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ vorgestellt. Sie soll den Übergang zu einem nachhaltigen Lebensmittelsystem ermöglichen, in dem die Ernährungssicherheit und der Zugang zu gesunden Lebensmitteln, die von einem gesunden Planeten stammen, gewährleistet werden. Es werden konkrete Ziele für die Umgestaltung des Lebensmittelsystems der EU festgelegt, einschließlich einer Verringerung des Einsatzes und des Risikos von Pestiziden um 50%, einer Verringerung des Einsatzes von Düngemitteln um mindestens 20%, einer Verringerung des Verkaufs von antimikrobiellen Mitteln für Nutztiere und Aquakultur um 50% sowie des Ziels einer ökologischen Bewirtschaftung von 25% der landwirtschaftlichen Flächen. Ferner soll eine harmonisierte bessere Kennzeichnung von Lebensmitteln dem Informationsbedarf der Verbraucher über gesunde und nachhaltige Lebensmittel besser gerecht zu werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_884

Europäisches Patentamt (EPA); EPA-Rechtsinstanz verbietet Patente auf Züchtungen

Das Europäische Patentamt (EPA) erteilte bislang Patente auf konventionell gezüchtete Pflanzen. Die Große Beschwerdekammer als höchste Rechtssprechungsinstanz des EPA entschied nun, dass Pflanzen und Tiere aus im Wesentlichen biologischen Züchtungsverfahren nicht durch Patente geschützt werden dürfen. Ausgenommen sind Patentanträge, die vor 1. Juli 2017 eingereicht wurden. Gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere dürfen weiter patentiert werden. Die Gegner hatten sich anfangs auch dagegen gewandt. Hier steht aber ein technischer Vorgang im Mittelpunkt. Auch mit der Genschere Crispr hergestellte Lebewesen sind patentierbar.

https://www.epo.org/law-practice/case-law-appeals/communications/2020/20200514_de.html

J u s t i z

EuGH; Jahresbericht

Die Zahl der im vergangenen Jahr beim Gerichtshof und beim Gericht neu eingegangenen Rechtssachen hat mit insgesamt 1.905 Rechtssachen (gegenüber 1.683 im Jahr 2018) einen neuen Rekordwert erreicht. Die Zahl der von den beiden Unionsgerichten im Jahr 2019 erledigten Rechtssachen liegt mit 1.739 Rechtssachen ungefähr auf dem 2018 erreichten historischen Höchststand (1.769 Rechtssachen). Wie in den vergangenen zwei Jahren beruht dieser Anstieg im Wesentlichen auf den Vorabentscheidungsersuchen. Die durchschnittliche Verfahrensdauer beim EuGH beträgt 5,5 Monate bei den Vorabentscheidungsverfahren und 11,1 Monate bei den Rechtsmittelverfahren. Beim EuG gab es den größten Anstieg in den Bereichen staatliche Beihilfen und institutionelles Recht. Die durchschnittliche Verfahrensdauer der durch Urteil und Beschluss erledigten Rechtssachen am EuG betrug 16,9 Monate.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-05/qd-ap-20-001-de-n.pdf>

EuGH; Urteil zur Staatenimmunität

Der EuGH hat am 07.05.2020 in der Rechtssache C-641/18 (LG u. a. / Rina SpA und Ente Registro Italiano Navale) entschieden, dass die Opfer des Untergangs eines unter panamaischer Flagge fahrenden Schiffes bei den italienischen Gerichten eine Haftungsklage gegen die italienischen Gesellschaften erheben können, die dieses Schiff klassifiziert und zertifiziert haben. Diese Unternehmen könnten sich nur dann auf die Staatenimmunität berufen, wenn ihre Tätigkeiten Ausdruck hoheitlicher Befugnisse des panamaischen Staates gewesen wären. Der EuGH hat hierbei erstens ausgeführt, dass eine Schadensersatzklage, die gegen juristische Personen des Privatrechts erhoben wird, die für Rechnung und im Auftrag eines Drittstaats eine Schiffsklassifikations- und -zertifizierungstätigkeit ausüben, unter den Begriff „Zivil- und Handelssachen“ im Sinne von Art. 1 Abs. 1 der Brüssel-I-Verordnung und folglich in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fällt, soweit diese Tätigkeit nicht aufgrund hoheitlicher Befugnisse im Sinne des Unionsrechts ausgeübt wird. Zweitens hat er für Recht erkannt, dass der völkergewohnheitsrechtliche Grundsatz der Staatenimmunität der Ausübung der in dieser Verordnung vorgesehenen gerichtlichen Zuständigkeit durch das angerufene nationale Gericht in einem Rechtsstreit über einen solchen Rechtsbehelf nicht entgegensteht, wenn dieses Gericht feststellt, dass die betreffenden Einrichtungen keinen Gebrauch von hoheitlichen Befugnissen im Sinne des Völkerrechts gemacht haben.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=6ED9D33156A673409DC63EC456883265?text=&docid=226287&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=472055>

EuGH; Schlussanträge – staatliche Entschädigung für Opfer von Gewalttaten

Generalanwalt Bobek hat am 14.05.2020 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-129/19 (Presidenza del Consiglio dei Ministri / BV) vorgelegt. Nach Ansicht des Generalanwalts müssen die Mitgliedstaaten jedes Opfer einer vorsätzlich begangenen Gewalttat entschädigen, unabhängig davon, wo es seinen Wohnsitz hat, also auch bei reinen Inlandsfällen ohne grenzüberschreitenden Bezug. Ferner brauche eine Entschädigung keinen vollen Ersatz der Schäden darzustellen, der Betrag dürfe aber auch nicht rein symbolisch sein.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=9CE2D3E26E925EFD51AB87A9CE018E55?text=&docid=226497&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=273101>

In n e r e s

Frontex; nachgewiesene illegale Grenzübertritte auf niedrigstem Stand seit 2009

In ihrem Bericht zur Lage an den Außengrenzen im April 2020 vom 12.05.2020 teilte die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) mit, dass die Zahl der aufgedeckten illegalen Grenzübertritte auf den Hauptmigrationsrouten im April um 85% auf etwa 900 gesunken sei. Dies sei der niedrigste Wert seit Frontex im Jahr 2009 mit der Aufzeichnung dieser Daten begonnen habe. Auf der östlichen Mittelmeerroute seien im April lediglich 40 illegale Grenzübertritte zu verzeichnen gewesen (-99% gegenüber dem Vormonat), auf der zentralen Mittelmeerroute etwa 250 (-29%), auf der westlichen Mittelmeerroute knapp 100 (-82%) und an den Außengrenzen auf dem Westbalkan weniger als 100 (-94%). Die Gesamtzahl der illegalen Grenzübertritte im Jahr 2020 sei auf 26.650 gestiegen, was etwa der Zahl im Vorjahreszeitraum entspreche. Während in den ersten vier Monaten des Jahres 2020 die Zahl der illegalen Grenzübertritte auf der östlichen Mittelmeerroute um 18% und auf der westlichen Mittelmeerroute um 53% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zurückgegangen sei, sei ein erheblicher Anstieg auf dem Westbalkan (60%) und auf der zentralen Mittelmeerroute (331%) zu verzeichnen. Als maßgebliche Gründe für das starke Absinken der Zahl der erfassten illegalen Grenzübertritte gab Frontex sowohl die Covid-19-Pandemie als auch die infolge der Pandemie verzögerte Datenübermittlung durch die Mitgliedstaaten an.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news-release/situation-at-eu-external-borders-in-april-detections-lowest-since-2009-mJE5Uv>

Rat; Katastrophenschutz-Hilfen für PTL, ESP, ITL und AUT vereinbart

Am 13.05.2020 stimmten die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten einem Vorschlag der Kommission für einen Beschluss von Rat und Parlament zu, wonach PTL, ESP, ITL und AUT Hilfen in Höhe von insgesamt 279 Mio. EUR infolge von Naturkatastrophen im Jahr 2019 erhalten sollen. So soll PTL 8,2 Mio. EUR zur Beseitigung der Schäden erhalten, die Hurrikan Lorenzo im Oktober auf den Azoren verursachte, ESP 56,7 Mio. EUR zur Beseitigung der Schäden, die im September durch Überschwemmungen in den Regionen Valencia, Murcia, Kastilien-La Mancha und Andalusien entstanden, ITL 211,7 Mio. EUR zur Beseitigung Schäden aufgrund der extremen Wetterereignisse im ganzen Land im Herbst und AUT 2,3 Mio. EUR zur Beseitigung der Schäden aufgrund des schweren Hochwassers in den Regionen Kärnten und Osttirol im November. Das

Geld soll aus dem Solidaritätsfonds der EU (ESF) bereitgestellt werden und der Rat müssen dem Vorhaben noch förmlich zustimmen. Im Zuge der Entscheidung über die Katastrophenschutz-Hilfen soll auch über einen Berichtigungshaushaltsplan zum Gesamthaushaltsplan 2020 entschieden werden, mit dem die Katastrophenschutz-Hilfen in letzteren eingestellt werden sollen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/05/13/disaster-relief-aid-of-279-million-for-PTL-spain-italy-and-austria-council-endorsement/>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7672-2020-INIT/de/pdf>

Rat; Regelungen zu Sanktionen wegen Cyberangriffen bis 18.05.2021 verlängert

Mit Beschluss vom 14.05.2020 verlängerte der Rat die Geltung des Rahmens für restriktive Maßnahmen gegen Cyberangriffe um ein Jahr, mithin bis zum 18.05.2021. Der Rahmen war am 17.05.2019 angenommen worden. Er sieht gezielte restriktive Maßnahmen zur Verhinderung von Cyberangriffen und zur Reaktion auf Cyberangriffe vor, wenn eine externe Bedrohung für die Union oder ihre Mitgliedsstaaten besteht. Umfasst sind auch versuchte Cyberangriffe sowie Angriffe gegen Drittstaaten oder internationale Organisationen, wenn Maßnahmen für notwendig erachtet werden, um die Ziele der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu erreichen. Sanktioniert werden können Angriffe, die ihren Ausgang außerhalb der EU haben oder von dort durchgeführt werden oder die außerhalb der Union befindliche Infrastrukturen nutzen. Außerdem ist es möglich, Angriffe von Personen oder Einrichtungen, die außerhalb der EU ansässig oder tätig sind, oder Angriffe, die mit Unterstützung von Personen oder Einrichtungen durchgeführt werden, die außerhalb der Union tätig sind, zu bestrafen. Zu den Maßnahmen zählen Einreiseverbote in die EU und das Einfrieren der Vermögenswerte von Personen und Einrichtungen. Ferner kann Personen und Einrichtungen aus der EU untersagt werden, den Sanktionierten finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/05/14/cyber-security-council-extends-sanctions-regime-until-18-may-2021/>

EuGH; Behandlung von Asylantragstellern in HUN verstößt gegen EU-Recht

Mit Urteil vom 14.05.2020 entschied der EuGH in den verbundenen Eilvorabentscheidungsverfahren C-924/19 PPU und C-925/19 PPU u.a. wie von Generalanwalt Priit Pikamäe in dessen Schlussanträgen vom 23.04.2020 vorgeschlagen, dass die Unterbringung der Kläger in der Transitzone Röszke als Haft im Sinne der Richtlinie 2013/33/EU zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen (Aufnahme-RL), anzusehen seien, da die Bedingungen der Unterbringung einer Freiheitsentziehung gleichzusetzen seien. Darüber hinaus seien die Betroffenen unverzüglich freizulassen, sobald die gerichtliche Überprüfung der Inhaftierung ergebe, dass diese ohne hinreichenden Grund erfolgt sei. Zudem stehe die Richtlinie 2013/32/EU zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes (Asylverfahrens-RL) grundsätzlich einer ungarischen Regelung entgegen, die einen Unzulässigkeitsgrund "sicheres Transitland" vorsehe. Ungarische Behörden hatten die Asylanträge zweier afghanischer und zweier iranischer Staatsbürger als unzulässig abgelehnt, da sie in Serbien, von wo aus sie nach HUN eingereist waren, weder einer Verfolgung noch der Gefahr eines ernsthaften Schadens ausgesetzt gewesen seien. Gegen diese Entscheidung gerichtete Klagen lehnte das zuständige ungarische Gericht ohne Prüfung in der Sache ab. Als Serbien die Rücknahme der Antragsteller verweigerte, wurden Afghanistan bzw. Iran als Zielländer der Rückführung angegeben und die Antragsteller in die Transitzone Röszke verbracht. Die Antragsteller wandten sich auf dem Klageweg gegen die Änderung des Ziellandes ihrer Rückführung und beantragten ein erneutes Asylverfahren. Zudem beantragten sie die Feststellung, dass

die ungarische Asylbehörde es rechtswidrig unterlassen habe, ihnen einen Aufenthaltsort außerhalb der Transitzone zuzuweisen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-05/cp200060de.pdf>
<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=226495&pageIndex=0&doclang=FR&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=698819>

Europol; Bericht zum Menschenschmuggel im Jahr 2019 vorgelegt

Am 15.05.2020 legte das European Migrant Smuggling Centre (EMSC) bei Europol seinen vierten Jahresbericht für das Jahr 2019 vor. Der Bericht beinhaltet neben einer Aufstellung konkreter Ermittlungserfolge auch ein Lagebild zur Kriminalität im Bereich des Menschenschmuggels. Danach hätten sich Schmuggler in der jüngeren Vergangenheit rasch an die veränderten Gegebenheiten beim Grenzschutz angepasst, etwa durch die vermehrte Nutzung der Land- und Seewege, und z.B. auch auf Online-Diskussionsgruppen zurückgegriffen, um Migranten in großer Zahl den Grenzübertritt zu erleichtern. Erhebliche Bedrohungen gingen vom Transport von Migranten unter lebensbedrohlichen Bedingungen, von der Verwendung gefälschter Reisedokumente, vom Missbrauch insbesondere unbegleiteter Minderjähriger und der Ausbeutung irregulärer Migranten, darunter auch sexuelle Ausbeutung, aus. Zu erwarten sei zudem, dass sich auch die Covid-19-Pandemie auf die Aktivitäten der Schmuggler auswirken werde. Daher gelte es weiterhin, der organisierten Kriminalität in diesem Bereich durch gute Kooperation entgegenzutreten. So sei bei Europol eine Joint-Liaison-Task-Force eingerichtet worden, um die Zusammenarbeit bei wichtigen Ermittlungen zu beschleunigen.

<https://www.europol.europa.eu/newsroom/news/migrant-smugglers-and-human-traffickers-to-become-more-ruthless-and-clandestine-says-new-europol-report>
https://www.europol.europa.eu/sites/default/files/documents/emsc_4th_annual_activity_report_-_2019.pdf

Kommission; positives Fazit nach zwei Jahren DSGVO

Am 25.05.2020 jährt sich das Inkrafttreten der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zum zweiten Mal. Im Vorgriff darauf zogen Kommissionsvizepräsidentin Věra Jurová, zuständig für den Bereich Rechte und Werte, und Justizkommissar Didier Reynders in einer gemeinsamen Stellungnahme ein positives Fazit. In den vergangenen zwei Jahren habe die DSGVO nicht nur den Umgang mit personenbezogenen Daten innerhalb der EU geprägt, sondern sich zu einem weltweiten Vergleichsmaßstab im Bereich des Datenschutzes entwickelt. Zugleich sei die DSGVO ein Eckpfeiler des digitalen Wandels in Europa. Sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Unternehmen hätten ein stärkeres Bewusstsein für den Datenschutz entwickelt. Auch in der Covid-19-Pandemie zeige sich die Bedeutung des Datenschutzes und des darauf beruhenden Vertrauens der Bevölkerung. Zugleich gelte es, fortbestehende Umsetzungsdefizite zu beseitigen, etwa durch die Ausstattung der nationalen Datenschutzbehörden mit den nötigen personellen, finanziellen und technischen Kapazitäten, um wirksam von ihren Kompetenzen Gebrauch machen zu können. Vor diesem Hintergrund bleibe die Überwachung der Umsetzung der DSGVO eine Priorität der Kommission im Bereich des Datenschutzes.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_20_913

Frontex; Rekrutierung des Standing Corps fortgesetzt

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) gab am 20.05.2020 bekannt, dass der Rekrutierungsprozess für Einsatzkräfte, das sogenannte Standing Corps, trotz der Covid-19-Pandemie fortgesetzt werde. So habe eine erste Gruppe von mehr als 280 ausgewählten Kandidatinnen und Kandidaten Stellenangebote erhalten. Zur Vorbereitung auf ihre Aufgaben nähmen die künftigen

Einsatzkräfte ab Mitte Juni zunächst an Online-Schulungen teil, bevor im weiteren Verlauf des Jahres physische Trainingsprogramme vorgesehen seien. Insgesamt seien bei Frontex bislang 7.500 Bewerbungen für das Standing Corps eingegangen, das Auswahlverfahren werde fortgesetzt. Das Standing Corps, das sich aus Frontex-eigenen Einsatzkräften und Einsatzkräften der Mitgliedstaaten zusammensetzen soll, soll im Jahr 2021 die Arbeit aufnehmen und zunächst 5.000 Einsatzkräfte zählen, diese Zahl soll nach der Frontex-Verordnung bis zum Jahr 2027 auf 10.000 Einsatzkräfte erhöht werden. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte in der Vergangenheit den Wunsch geäußert, den vollständigen Aufbau des Standing Corps im Interesse eines wirksamen Außengrenzschutzes bereits bis zum Jahr 2024 abschließen zu können.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news-release/frontex-selects-the-first-group-of-future-members-of-its-standing-corps-wN1BM4>

Bildung und Kultur

Kommission; Preis für das Kulturerbe 2020

Der europäische Kulturerbe-Preis „Europa Nostra Award“ wurde 2002 von der Kommission ins Leben gerufen und zeichnet seitdem herausragende Beispiele für die Pflege des Kulturerbes in Europa aus und würdigt hervorragende Initiativen zur Sensibilisierung für das kulturelle Erbe. Die Preise werden durch das Programm Kreatives Europa der EU unterstützt und von einer Fachjury aus ganz Europa ausgewählt. Zu den diesjährigen Preisträgern, die das europäische Kulturerbe-Netzwerk am 07.05.2020 bekanntgegeben hat, zählen auch zwei Projekte aus DEU: Die Epitaphe der Universitätskirche Leipzig in der Kategorie „Konservierung“ und die „Arolsen Archives“, ein Internationales Zentrum über NS-Verfolgung mit dem weltweit umfassendsten Archiv zu den Opfern und Überlebenden des Nationalsozialismus, als Preisträger in der Kategorie Bildung, Ausbildung und Bewusstseinsbildung. Das dortige neue Online-Archiv wurde von den „Arolsen Archives“ initiiert und finanziert und in Kooperation mit der Internationalen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, Israel, umgesetzt. Die Epitaphien der Universitätskirche Leipzig sind ein einzigartiges Ensemble von Gedächtnismalen, die in großer Eile aus der mittelalterlichen Universitätskirche Leipzig evakuiert wurden, bevor man in DDR-Zeiten den Bau 1968 abriß. Für den noch ausstehenden Publikumspreis des Kulturerbes kann noch bis zum 01.09.2020 abgestimmt werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200507-epitaphien-der-universitaetskirche-leipzig-und-das-forschungszentrum-arolsen-archives_de
<https://vote.europanostra.org/>

Rat; Zurückhaltende Planung der Wiederaufnahme kultureller Aktivitäten

Am 19.05.2020 fand ein Treffen der Kulturminister der EU-Mitgliedstaaten als Videokonferenz statt, an der auch Kommissarin Mariya Gabriel teilnahm. Es wurde einerseits retrospektiv über die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und die in diesem Zusammenhang ergriffenen Maßnahmen diskutiert. Andererseits erörterten die Minister prospektiv die Möglichkeit des Wiederhochfahrens der Kultur- und Medienbranche, die sich mit Blick auf die geplante schrittweise Aufhebung der Beschränkungen bietet. Außerdem waren das Programm Kreatives Europa, dessen Finanzierung, und die Schlüsselrolle von „Media Literacy“ im Kampf gegen „Fake News“ und die gezielte Desinformation Gegenstand der Diskussionen.

<https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=294>

Rat; informelle Videokonferenz der Minister für Kultur und Medien

Am 19.05.2020 tagten die Minister für Kultur und Medien informell im Rahmen einer Videokonferenz. Im Zentrum der Debatte standen die Auswirkungen der Coronakrise auf den Bereich und Maßnahmen der Mitgliedstaaten (MS) zur Unterstützung der Kultur- und Kreativschaffenden. Mit Blick auf die Medien betonten die Minister deren Schlüsselrolle und die Bedeutung von Pressefreiheit und vertrauenswürdigen Informationen; der audiovisuelle Sektor müsse ebenfalls in der Krise unterstützt werden. Der Rat hat seine Beratungen über Schlussfolgerungen zur Medienkompetenz abgeschlossen; diese werden im Nachgang im schriftlichen Verfahren angenommen werden. In den Schlussfolgerungen betonen die MS die Bedeutung von Medienkompetenz in allen Altersgruppen und fordern die Kommission u.a. auf, weitere Schritte zu unternehmen, um langfristige, systematische und effiziente Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformationen zu entwickeln. Kulturstaatsministerin Monika Grütters gab auf dem Rat ferner einen Ausblick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, die am 01.07.2020 beginnt. Schwerpunktthema des deutschen Vorsitzes im Bereich Medien werde die Sicherung des Medienpluralismus sein.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eycs/2020/05/19/culture/>

EP; Initiativbericht zu Medienfreiheit, Hassrede und Plattformen

Berichterstatlerin MdEP Magdalena Adamowicz (EVP/POL) hat am 14.05.2020 ihren Berichtsentwurf zur Stärkung der Medienfreiheit im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) vorgelegt. In dem Entwurf zeigt sie sich besorgt über den Zustand der Pressefreiheit in der EU angesichts der Angriffe auf Journalisten. Angriffe auf die Pressefreiheit sollten von der Kommission als Verstoß gegen die in Art. 2 EUV niedergelegten europäischen Grundwerte verfolgt werden. Sie begrüßt, dass die Kommission plane, in ihre Berichte über die Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten auch ein Kapitel zur Medienvielfalt aufzunehmen. Sie betont die wichtige Rolle öffentlich-rechtlicher Medienanstalten und die Notwendigkeit ihrer Unabhängigkeit von politischer Einflussnahme. Die Berichterstatterin geht auch auf Hassrede und die Rolle von Online-Plattformen bei der Verbreitung von Desinformationen ein. Sie begrüßt den angekündigten EU-Aktionsplan für Demokratie, der auch Instrumente zum Kampf gegen Desinformationen enthalten wird. Neue Legislativmaßnahmen fordert der Entwurf des Initiativberichts aber nicht ausdrücklich.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/LIBE-PR-652307_EN.pdf

Veranstaltungen

Hessen's Livestream: „Coronakrise – Auswirkungen auf die Deutsche Ratspräsidentschaft“

Zum Thema „Coronakrise – Auswirkungen auf die Deutsche Ratspräsidentschaft“ diskutierte im Livestream am 14.05.2020 in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel Michael Clauß, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, mit Hendrik Kafsack, FAZ-Korrespondent. Die Hessische Europaministerin Lucia Puttrich wies in ihrer Begrüßung bereits darauf hin, dass die deutsche Ratspräsidentschaft stark von der Coronakrise geprägt sein werde. Die Lösung der Probleme der Coronakrise werde im Mittelpunkt stehen, wodurch es eine schwierige Ratspräsidentschaft sein werde. Als weitere Themen nannte sie den Brexit und den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 – 2027 (MFR). Am Ende sei es laut Puttrich vor

allem wichtig, dass die deutsche Ratspräsidentschaft trotz der Coronakrise erfolgreich sei. Botschafter Clauß machte eingangs auch gleich deutlich, dass die deutsche Ratspräsidentschaft nicht mehr in der geplanten Art und Weise stattfinden könne. Notwendige Änderungen würden die inhaltliche Vorbereitung, die Schwerpunktsetzung, die Arbeitsweise und auch die Planung der Veranstaltungen betreffen. Im Mittelpunkt würden das Krisenmanagement, die Exit-Strategie und der Wiederaufbau nach der Coronakrise stehen. Clauß erläuterte, man könne auf Grund der notwendigen Maßnahmen wegen Corona nur ungefähr 30% der vorgesehenen Ratskapazitäten nutzen. Physische Treffen seien stark reduziert worden und bei Videokonferenzen stelle vor allem die Vertraulichkeit ein großes Problem dar. Aber auch fehlende „Deals“ durch Gespräche am Rande der Sitzungen würden zu Problemen bei der Entscheidungsfindung führen. Für die Durchführung der deutschen Ratspräsidentschaft müsse man vor allem auch die Entwicklungen nach der Sommerpause in Bezug auf die Coronakrise abwarten. Bei den Themen MFR und Brexit, bei denen in der Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft ein Vorankommen unbedingt erforderlich sei, schätzte Clauß es auch als schwierig ein, ohne physische Treffen zu einer Entscheidung zu kommen. Auf eine Zuschauerfrage hin, wie nun mit anderen bedeutsamen Themen wie unter anderem Klimaschutz aber auch Digitalisierung umgegangen werde, erklärte Clauß, diese Themen würden natürlich beim Wiederaufbau nach der Coronakrise eine Rolle spielen. Das Video zu der Veranstaltung können Sie hier abrufen:

<https://staatskanzlei.hessen.de/berlin-europa/hessen-europa/landesvertretung-bruessel/aktivitaeten-bruessel-2020>

Hessen's Livestream: Coronakrise: Auswirkungen auf BEL und die EU

Zum Thema „Coronakrise: Auswirkungen auf Belgien und die EU“ diskutierten im Livestream am 12.05.2020 in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel Oliver Paasch, Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien, und Hendrik Kafsack, FAZ-Korrespondent. Die Hessische Europaministerin Lucia Puttrich wies in ihrer Begrüßung darauf hin, dass BEL mehr als DEU mit der Coronakrise zu kämpfen habe. Paasch ging gleich am Anfang auf die im Verhältnis zur Bevölkerungszahl von BEL hohe Anzahl an durch Corona Verstorbenen ein und begründete dies mit der Zählweise. BEL habe auch die Verdachtsfälle z.B. in Alten- und Pflegeheimen mitgezählt. Er erläuterte sodann die Regelungen für BEL nach dem Lockdown und die begonnenen Lockerungen. Paasch betonte dabei, das Leben sei in BEL weitaus eingeschränkter gewesen als in den meisten deutschen Bundesländern. Jetzt müsse man die Auswirkungen der Lockerungen, wie die Öffnung der Geschäfte, abwarten. Ein weiteres großes Thema auch für die Zuschauer war die Öffnung der Grenzen in ganz Europa und im Speziellen zwischen BEL und DEU. Paasch plädierte für eine sofortige Öffnung und Aufhebung der Grenzkontrollen. Er erlebe derzeit, was es für die Menschen vor Ort heiße, wenn sie nicht ins Nachbarland, das nur wenige Kilometer vom Wohnsitz entfernt sei, fahren könnten. Zu Beginn der Krise habe es laut Paasch an der Zusammenarbeit innerhalb der EU gemangelt und es sei viel falsch gemacht worden. Nun sei es besonders wichtig, dass der Exit strategisch gemeinsam erfolge. Die Rückkehr zur europäischen Lebenswirklichkeit sei laut Paasch von großer Bedeutung. Er sprach sich auch für Coronabonds aus. Schon aus deutschem Interesse müsse man dafür sorgen, dass ITL ein stabiler Wirtschaftspartner bleibe. Es liege in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten, proeuropäische Lösungen zu finden. Paasch appellierte an die finanzpolitische Solidarität in der EU. Das Video zu der Veranstaltung können Sie hier abrufen.

<https://staatskanzlei.hessen.de/berlin-europa/hessen-europa/landesvertretung-bruessel/aktivitaeten-bruessel-2020>

Hessen's Livestream: Coronakrise - Schub für die Digitalisierung in der EU?

Hessens Europaministerin Lucia Puttrich konnte am 18.05.2020 erneut zu einer Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Hessen's Livestream“ in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel begrüßen. Gast des nunmehr achten Livestreams war Christiane Canenbley, stellvertretende Kabinettschefin der Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager, die u.a. für „Ein Europa für das digitale Zeitalter“ zuständig ist. Im Gespräch mit dem FAZ-Korrespondenten Hendrik Kafsack erläuterte Christiane Canenbley, dass die Coronakrise gezeigt habe, welches Potenzial die Digitalisierung für die Gesellschaft habe, aber auch, wo noch Herausforderungen und Schwierigkeiten lägen – z.B. hinsichtlich des Zugangs zu digitaler Technik, der „weißen Flecken“ beim Infrastrukturausbau oder Sicherheitslücken. Die Digitalstrategie der Kommission vom 19.02.2020 sei genauso relevant wie vor der Krise. An den Prioritäten der Kommission – der europäische „Green Deal“ und die Digitalisierung – habe sich nichts geändert; beide seien beim Wiederaufbau wichtig. Als eines der großen Themen der Zukunft nannte Frau Canenbley den Netzausbau. Hier gehe es um die Abdeckung der Fläche und um Geschwindigkeit. Sie verwies auf die Toolbox der Kommission für die Sicherheit von 5G-Netzen. Es gehe nicht um ein spezifisches Land oder Unternehmen, sondern um die Festlegung eindeutiger Kriterien für Sicherheitsanforderungen, auf deren Basis die Mitgliedstaaten (MS) entscheiden müssten. Für die Zukunft nannte Frau Canenbley drei Prioritäten in der EU-Digitalpolitik: die Festlegung eines Rechtsrahmens für Künstliche Intelligenz (KI), die Schaffung einer europäischen Datenwirtschaft und die Verabschiedung eines Gesetzes über digitale Dienste, den sog. Digital Services Act (DSA). Im Bereich KI sprach sie sich für einen risikobasierten Ansatz aus; für Anwendungen mit hohem Risiko müssten EU-Anforderungen formuliert werden. Hier sei die Kommission derzeit im Austausch mit Interessengruppen; die Kontrolle müsse nicht zwangsläufig durch eine neue EU-Agentur gewährleistet werden. Mit Blick auf Techniken der Gesichtserkennung erläuterte Frau Canenbley, hierfür gebe es mit der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) bereits einen Rechtsrahmen. Die MS könnten Gesichtserkennung in bestimmten Fällen zulassen; lediglich diese Fälle wolle sich die Kommission mit den MS nochmals anschauen. Eine Revision der DSGVO mit dem Ziel der Lockerung der Anforderungen lehnte Frau Canenbley ab. Es gehe vielmehr um die Verbesserung des Austausches von Industriedaten, für die die DSGVO gar nicht gelte. Die Kommission konsultiere derzeit zum Thema Industriedaten; hier zeichne sich ab, dass ein sektorspezifischer Ansatz sinnvoll sei. Mit Blick auf den DSA führte Frau Canenbley aus, es gehe um die Festlegung klarer Regeln für die Verantwortlichkeit. Derzeit gefährdeten nationale Regelungen zunehmend den Binnenmarkt und führten einen Flickenteppich herbei. Hier wolle die Kommission ansetzen und Lücken im EU-Recht schließen. Dagegen gehe es nicht darum, die Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr umfassend zu reformieren.

<https://staatskanzlei.hessen.de/berlin-europa/hessen-europa/landesvertretung-bruessel/aktivitaeten-bruessel-2020>

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

- | | |
|------------|--|
| 25.05.2020 | Informelle Videokonferenz des Rats des Europäischen Wirtschaftsraums |
| 26.05.2020 | Videokonferenz der Minister für europäische Angelegenheiten |
| 29.05.2020 | Videokonferenz der Außenminister
Videokonferenz der Forschungsminister
Videokonferenz der für Raumfahrt zuständigen Minister |

Europäische Kommission

- | | |
|------------|---|
| 27.05.2020 | Mehrfähriger Finanzrahmen 2021-2027
Haushalt der EU als Motor des Aufbau-Programms
Angepasstes Arbeitsprogramm der Kommission für das Jahr 2020 |
| 03.06.2020 | Initiative zu fairen Mindestlöhnen in der EU (Start der zweiten Stufe der Konsultation) |

Europäisches Parlament

Außerordentliche Plenarsitzung am 27.05.2020

Aussprache mit Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen zum Aufbau-Programm der EU

Ausschuss der Regionen

- | | |
|------------|---|
| 28.05.2020 | COTER-Fachkommissionssitzung
Die Lage im Zusammenhang mit Covid-19 und ihre Folgen für die Kohäsionspolitik und den MFR
(Erfahrungsaustausch) |
|------------|---|

Europäischer Gerichtshof

- | | |
|------------|--|
| 28.05.2020 | Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-796/18 (Informatikgesellschaft für Software-Entwicklung): Vergaberecht: Software für die Kölner Feuerwehr |
|------------|--|

- 25.05.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-392/19 (VG Bild-Kunst): Urheberrechtsverletzung durch Framing?
- 26.05.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-245/19 und C-246/19 (État du Grand-Duché de Luxembourg): Informationsaustausch in Steuersachen
- 28.05.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-535/18 (Land Nordrhein-Westfalen): Klagerecht gegen Grundwasserbeeinträchtigung durch Straßenbauprojekt?
- 28.05.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-796/18 (Informatikgesellschaft für Software-Entwicklung): Vergaberecht: Software für die Kölner Feuerwehr
- 28.05.2020 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den Rechtssachen C-620/18 (HUN / Parlament und Rat) und C-626/18 (POL / Parlament und Rat): Nichtigkeitsklagen gegen Änderung der Entsenderrichtlinie
- 28.05.2020 Schlussanträge der Generalwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-238/19 (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Asylantrag eines Syrers, der sich dem Wehrdienst entzogen hat (Militärdienst und Asyl)

EuG

- 28.05.2020 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-399/16 (CK Telecoms UK Investments / Kommission): Verbot der geplanten Übernahme von O2 durch Hutchison

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 05.06.2020.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA